



Suchergebnisse: Zentrum

1130 – Der gerechte Krieg ist als das kleinere Übel akzeptiert

Clairvaux * Für Bernhard von Clairvaux ist der gerechte Krieg als das kleinere Übel akzeptiert. Unter Christen ist er nur gerecht, wenn die Einheit der Kirche auf dem Spiel steht. Gegen die Juden, die Ketzer und die Heiden soll Gewalt vermieden werden, weil sich die Wahrheit nicht mit Gewalt durchsetzen lässt. Der Christ soll überzeugen, weshalb - aus der Sicht des später zum Heiligen erklärten Bernhard von Clairvaux - gegen diesen Personenkreis nur ein Verteidigungskrieg gerechtfertigt ist, bei dem er allerdings die Gewalt auf ein Mindestmaß reduziert wissen will. Vom Gerechten Krieg zum Heiligen Krieg ist es damit nicht mehr weit, solange er gegen die Heiden und Ungläubigen gerichtet ist. Bernhard von Clairvaux hebt in seinen Kreuzzugpredigten die islamische Aggression und Bedrohung der gesamten christlichen Kirche hervor. Sein Fazit lautet: Nur durch einen Gerechten und Heiligen Krieg kann der Frieden wieder hergestellt werden. Unter Frieden versteht der Kirchenmann die Aufrechterhaltung der gottgewollten Ordnung. Bernhard von Clairvaux will aus Raubrittern, Weiberhelden, Totschlägern, Meineidigen und Friedensbrechern zutiefst beherrschte, asketische und christliche Ritter machen. Dabei will er aber die natürlichen Triebe - wie Aggression - nicht unterdrücken, sondern sie durch höhere Ziele - sozusagen - veredeln. Im Zentrum seines Werkes steht deshalb der Begriff der „militia Christi“. „Gute Ritter“ kämpfen, um Glauben und Kirche zu verteidigen, „Schlechte Ritter“ wirken in prunkvollem Aufzug und folgen eigensüchtigen Motiven. In einer Werbeschrift für die Tempel-Ordensritter sagt der heilige Bernhard: „An erster Stelle stehen Disziplin und uneingeschränkter Gehorsam. Jeder kommt und geht, wie es der Vorgesetzte befiehlt. Jeder trägt die ihm zugeteilte Kleidung, keiner besorgt sich Nahrung oder Kleidung nach seinem Gutdünken. Hinsichtlich Ernährung und Gewandung gibt man sich mit dem Notwendigsten zufrieden und meidet alles Überflüssige. Die Templer leben maßvoll und fröhlich in einer Gemeinschaft, ohne Frauen und Kinder. Um der apostolischen Lebensweise möglichst nahe zu kommen, leben sie alle unter gleichen Bedingungen im gleichen Haus, auch nennen sie nichts ihr eigen, um einer einheitlichen Gesinnung und eines friedlichen Zusammenlebens willen. Ungebührliche Reden, nutzlose Beschäftigung, lautes Gelächter, heimliches Tuscheln und selbst unterdrücktes Kichern sind unbekannt. Sie verabscheuen Schach und Würfelspiel; sie hassen die Jagd, ja, sie erfreuen sich nicht einmal am Flug des Falken. Sie verachten Komödianten, Taschenspieler, Schwätzer und zweideutige Lieder sowie Vorstellungen von Possenreißern, denn sie erachten das alles als sinnlose, nichtige Torheiten. Sie tragen das Haar kurz geschnitten, weil es ihrer Ansicht nach beschämend für einen Mann ist, langes Haar zu haben. Niemals übertrieben gekleidet, baden sie selten; sie sind schmutzig und behaart, und ihre



Haut erscheint gebräunt vom Tragen des Kettenhemds und von der Sonne“. Die Glaubenskrieger sollen in die Schlachten Gottes ziehen. Und sollte ein Templer dabei sein Leben verlieren, so stirbt er selig als Blutzeuge für den christlichen Glauben. In der Werbeschrift Bernhards liest sich das so: „Freue dich, starker Kämpfer, wenn du in dem Herrn lebst und siegst! Aber noch mehr frohlocke und rühme dich, wenn du stirbst und dich mit dem Herrn vereinst“. Die Gegner der Glaubenskrieger sind ja „nur“ Heiden ohne Glauben.

1140 – Das umfangreiche Imperium der Tempel-Ordensritter

Paris * Die Templer besitzen ausgedehnte Ländereien in Frankreich, England, Schottland, Spanien, Portugal, Flandern, Italien, im Deutschen Reich, Ungarn und in der Levante. Geschenkt wird ihnen vor allem für die Ablösung von Sünden sowie das Seelenheil des Spenders und seiner Angehörigen. Durch Tausch, Verkauf und Erwerb optimieren die Templer die Ertragslage ihrer Schenkungen zu wirtschaftlich lukrativen Gebilden. Da ihre Besitzungen hohe Renditen erwirtschaften, fließen dem Ritterorden daraus reichliches Einkommen zu. Viele ihrer landwirtschaftlichen Gründe haben sie verpachtet. Nur wenn sich die Ertragslage der Böden wirklich rentiert, dann bearbeiten sie diese auch in Eigenbewirtschaftung. Dafür holen sie sich eigens qualifizierte Spezialisten. In Spanien und auf den Balearen beschäftigen die Tempelherren dafür sogar geschickte Muslime. Durch ihren Kontakt zur jüdischen und islamischen Welt sind die Tempelherren recht weltoffen und für neue Wissenschaften und Ideen empfänglich geworden. Der Orden besitzt die fortschrittlichste Technologie der Zeit: im Bereich der Landwirtschaft, des Vermessungswesens, des Straßenbaus und der Schifffahrt. Die Templer veranlassen die Bewässerung des Rio-Cinca-Tales in Aragón, den Bau eines Mühlensystems an der Aude und die Einführung des vierjährigen Fruchtwechsels in der Normandie. Mit Mühlen lässt sich ebenso viel Geld verdienen wie mit dem Weinanbau in Portugal. Der Wein wird bis nach England verkauft. Auch die Templer-Schiffe bringen einen erheblichen Gewinn. Den Ordensrittern gehören eigene Häfen, Werften und Schiffe. Sie sind die Ersten in Europa, die mit einem Magnetkompass ausgestattet sind. Selbst die der europäischen weit überlegene arabische Medizin ist den Templern nicht fremd. In den Krankenhäusern des Ordens kommen moderne Prinzipien wie Hygiene und Sauberkeit zum Tragen und sogar das Wissen um die antibiotische Wirkung von bestimmten Pilzen ist vorhanden. Die Tempelherren sind also keineswegs reine Haudraufs. Neben ihren kriegerischen, politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten betreiben sie auch noch Geldgeschäfte. Sie sind die einzigen Christen, die aufgrund eines weiteren päpstlichen Privilegs Geld gegen Zinsen verleihen dürfen. Dadurch können sie einen gewaltigen Reichtum anhäufen. Und da, um seine Wertgegenstände aufzubewahren, nichts so sicher und unverletzlich ist wie ein gottgeweihtes Haus und nichts mehr



Vertrauen erweckt als die Templer-Burgen, die von hohen Mauern geschützt, von Ritter-Mönchen verteidigt vor jedem Angriff sicher scheinen, dienen diese bald als Tresore für Kostbarkeiten von weltlichen und geistlichen Herren. Sie werden zu Depots für Wertgegenstände, Schmuck und Geld, die den Grundstock des immer noch gesuchten Templerschatzes bilden.

Die Templer verwalten die Depots ihrer Kunden, die damit über ein laufendes Konto verfügen. Sie können Geld abheben, Zahlungen durch einen simplen Brief an den Schatzmeister entrichten und erhalten darüber hinaus drei Mal jährlich einen Kontoauszug zugeschickt. Zu jedem trogähnlichen Geldschrank gibt es, ähnlich wie bei den heutigen Bankschließfächern, zwei verschiedene Schlüssel. Je einen für den Hüter der kirchlichen Kostbarkeiten und dem Depotinhaber. Bis auf wenige Ausnahmen sind die Depots der Templer absolut sicher, da geldgierige Herrscher nur ganz selten ihre Finger nach ihnen ausstrecken. So können sich die Niederlassungen der Templer in Europa und im Nahen Osten zu Zentren des Finanzwesens entwickeln und das Pariser Ordenshaus, der Temple, zum europäischen Finanzzentrum. Der König von Frankreich vertraut beispielsweise im 13. Jahrhundert seine Kronjuwelen der Obhut der Pariser Templer an. Die Finanzspezialisten der Tempelherren führen bald fortschrittliche Techniken im Kreditwesen und in der Buchführung ein. Sie entwickeln den bargeldlosen Zahlungsverkehr und führen den Wechselbrief und den Scheck in Europa ein. Wer also in einem Ordenshaus eine Summe einahlt, kann sie nach Vorlage der Kassenanweisung in einer weit entfernten Komturei wieder in Empfang nehmen. Der Orden kassiert dafür lediglich Gebühren und verdient an den Zinsen. Doch wird dadurch der risikoreiche Transfer von Münzgeld fast völlig entbehrlich. Neben der einfachen Vermögensverwaltung für Dritte betreibt der Templer-Orden auch Geldleihe, wodurch er die eigenen Gelder und die ihnen durch Dritte anvertrauten Einlagen arbeiten lässt. Alle Klöster und Konvente fungieren deshalb als Leihkasse.

An Bauern verleihen die Templer kleinere Summen, damit diese einen Engpass überbrücken können, Kaufleuten geben sie größere Kredite. Als Sicherheit ziehen sie Grundbesitz heran. Gibt es bei der Rückzahlung des Kredits Probleme, dann halten sie sich an den Ländereien des Schuldners schadlos. Zwar passen die Finanzaktivitäten des Templer-Ordens nicht zu ihrer religiösen Berufung, es ist aber die allgemein den Ritterorden aufgetragene Mission, die sie auch in diesem Bereich tätig werden lassen. Auch die Johanniter, der Deutsche Orden und selbst die traditionellen Mönchsorden betätigen sich ähnlich, allerdings auf einer wesentlich niedrigeren Stufe. Um im Orient überleben zu können, muss der Templer-Orden über umfangreiche Finanzmittel verfügen und all seine Einkünfte weitestgehend in Geld verwandeln. Sie kaufen dazu auf Märkten und Messen möglichst viele Rechte und Monopole, die ihnen wiederum Einnahmen sichern. So wird zum Beispiel das ausschließliche Wiegerecht, das der Orden vom Grafen der Champagne erwirbt, sehr zu Ungunsten der dort ansässigen Bürger vereinnahmt. Von dem eingenommenen und erwirtschafteten Verdienst gehen anfangs ein Drittel an die Häuser im Orient. Später werden die Abgaben auf ein Zehntel reduziert. Aus abendländischer Sicht



entsteht immer wieder der Eindruck, als hätten die Männer und Frauen aus dem Westen die Kultur in den Nahen Osten gebracht. Genau das Gegenteil ist richtig. Die arabischen Reiche sind den Christen nicht nur militärisch, sondern auch in ihrer Kultur weit überlegen. Dort im Osten ist das geistige Erbe der Griechen und Römer bewahrt und weiterentwickelt worden. Geniale Mathematiker und Astronomen sowie geschickte Kaufleute kommen von dort her. Die Araber haben ein Zahlensystem entwickelt: die arabischen Ziffern, die wir heute noch verwenden. Eine der wesentlichen Neuerungen besteht darin, dass es für „nichts“ ein eigenes Zeichen gibt: die Null. Diese macht das Multiplizieren und das Bruchrechnen viel einfacher und erlaubt die einprägsame Darstellung des Dezimalsystems. Und genau dieses System lernen die Christen, allen voran die Tempelherren, zur Zeit der Kreuzzüge kennen. Die arabischen Ziffern ersetzen die bisher üblichen römischen. Da die Kaufleute nun einfacher rechnen können, rechnen sie auch besser und erhalten damit ein genaueres Bild über den Verlauf ihrer Geschäfte.

1500 – Das Gnadenbild der „Anna selbdritt“ für Harlaching entsteht

München-Giesing * Eine entscheidende Entwicklung für die Kirche zu Harlaching setzt ein, als das Gnadenbild der „Anna selbdritt“ entsteht. Es zeigt die heilige Anna gemeinsam mit ihrer Tochter Maria und dem Jesuskind und wird zum Zentrum wachsender religiöser Verehrung. Die Kirche entwickelt sich dadurch zu einem Wallfahrtsort.

Juli 1589 – Hexen-Verfolgung nach Hagelschäden und Ernteaussfälle in Schongau

Schongau - München * Das Zentrum des ersten altbaierischen Hexenprozesses ist Schongau bei Weilheim, das vom Bruder Wilhelms V., Herzog Ferdinand, verwaltet wird. Herzog Ferdinand reagiert empfindlich, als ihm sein Landrichter von Schongau von Hagelschäden, Ernteaussfällen und den damit verbundenen Einnahmeverlusten berichtet. Zum Glück kann Richter Hans Friedrich Herwarth von Hohenburg gleich die für die Katastrophe Verantwortlichen benennen: die Hexen.

15. Mai 1625 – Das grausame Frankfurter Würfelspiel

Frankfurt * Ein Zentrum des oberösterreichischen Aufstands gegen die bayerische Besatzungsmacht ist der Ort Frankfurt bei Völklabruck. Hier wird ein Exempel statuiert. Man treibt rund 5.000 Bauern aus Frankfurt und Umgebung auf dem „Haushamer Feld“ zusammen und erklärt den 36 Anführern, dass sie wegen Widerstands zum Tode verurteilt sind. Aus Gnade



wolle man aber der Hälfte das Leben schenken. Um diese Hälfte zu ermitteln, werden Paare gebildet, die um ihr Leben würfeln sollen. An 16 Verlierern wird das Todesurteil sofort vollstreckt, zwei Todgeweihte werden begnadigt. Das Frankfurter Würfelspiel wird zum Auslöser für den großen oberösterreichischen Bauernaufstand im Mai 1626.

1629 – Wemding ist erneut das Zentrum einer Hexenverfolgung

Wemding * Im Kurfürstentum Bayern ist Wemding von 1629 bis 1630 erneut das Zentrum einer Hexenverfolgung. Die bayerische Enklave liegt auf fränkischem Gebiet und ist umgeben von den Auswirkungen der dortigen Hexenverfolgungen. Denunziation aus dem Herzogtum Pfalz-Neuburg und der Grafschaft Oettingen führen auch hier zu einer neuen Verfolgungswelle - trotz der gemachten schlechten Erfahrungen. Vierzig Personen werden Opfer des Hexenwahns.

24. Februar 1629 – Die Paulaner-Patres übernehmen die kirchliche Seelsorge in der Au

Au * Die Paulaner-Patres erhalten die Stiftungsurkunde für die Pfarrei Neudeck und übernehmen - für über 170 Jahre - die kirchliche Seelsorge der Au. Damit ist der stattliche Bau der Carl-Borromäus-Kirche zum wirklichen kirchlichen Zentrum der Au geworden.

1679 – Fürstbischof Albrecht Sigismund lässt das Berg am Laimer Schloss umbauen

Berg am Laim * Der Freisinger Fürstbischof Albrecht Sigismund lässt gleich nach dem Erwerb der Hofmark Berg am Laim das bereits stark verfallene Lerchenfeld-Schlössl zu einem repräsentativen Schloss umbauen. Das Gebäude wird um ein zusätzliches Stockwerk erweitert und mit einem Walmdach versehen. An den vier Ecken entstehen Türme mit charakteristischen Zwiebelhauben, wodurch das Schloss weiterhin der traditionellen Bauweise verpflichtet bleibt. Trotz seiner vergleichsweise schlichten Form als Kastenschloss erfüllt es mit seiner Ausstattung höchste repräsentative Ansprüche. Das Hofmarkschloss in Berg am Laim liegt mit seiner Längsseite an der heutigen Echardinger Straße und mit der Schmalseite an der Josephpsburgstraße. Wie noch heute ist das Schlossgelände von einer Mauer umgeben. Südlich des Schlosses befindet sich ein großer pavillonartiger Turm mit Zwiebelhaube, der vermutlich in Holzbauweise errichtet wurde. Östlich schließt ein Wirtschaftsgebäude an, dessen Turm eine Schlaguhr mit zwei Glocken für Viertel- und volle Stunden trägt. Die enge Verbindung von Schloss und Wirtschaftsgebäuden verweist auf die große Bedeutung der Landwirtschaft für die Hofmark. Bei seinen Aufenthalten in Berg am Laim wird der Fürstbischof von seinem Hofstaat



begleitet. Daher stehen im Schloss auch Unterkünfte für die Jesuitenpatres als Beichtväter Albrecht Sigismunds sowie für Hofkavaliere und Kammerdiener bereit. Das Schloss Berg am Laim dient nicht nur als Jagd- und Sommerresidenz, sondern zugleich als Verwaltungszentrum der Hofmark. Als einziger der Freisinger Bischöfe bewohnt Albrecht Sigismund den Sitz zeitweise selbst.

12. September 1683 – Mit „Maria hilf!“ in die Schlacht gegen die Türken

Wien * Ein knapp 67.000 Mann starkes Christenheer zieht in den entscheidenden Kampf gegen die Osmanen und befreien Wien von den als Reichsfeinden bezeichneten Türken. Dann tobt vor den Toren der belagerten und inzwischen höchst bedrohten Stadt Wien die Schlacht zwischen den Osmanen und den mit Habsburg Verbündeten Baiern, Polen und Sachsen. Die christlichen Befehlshaber haben am Vortag ihre Untergebenen eingeschworen, „mit gesamter Hand und Macht auf die gottesunwürdigen Bösewichter loszugehen“. Der Kapuzinerpater Marco d'Aviano fordert im Anschluss die christlichen Soldaten auf, mit dem Ruf „Maria hilf!“ in die Schlacht zu ziehen. Der Oberbefehl des etwa 67.000 Mann starken Entsatzheeres liegt in den Händen des Polenkönigs Johann III. Sobieski. Den Angriff leitet Herzog Carl von Lothringen. Baierns 21-jähriger Kurfürst Max Emanuel befehligt das Zentrum, dem zusammen mit dem linken Flügel unter Herzog Carl von Lothringen der entscheidende Durchbruch gelingt. Das Entsatzheer kann die Türken vernichtend schlagen. Die geschlagenen Osmanen müssen fliehen. Kurfürst Max Emanuel hat sich seine ersten militärischen Sporen verdient und kann sich vor den Augen Europas als Kriegsheld präsentieren. Die Sieger dringen in das riesige Zeltlager der Osmanen ein und bemächtigen sich der gewaltig großen Beute. Darunter befinden sich unter anderem auch viele Säcke gefüllt mit Kaffee, die die heutige Wiener Kaffeehaus-Tradition begründen. Doch vor lauter Plündern vergessen die Befreier die Fliehenden zu verfolgen. Und während die christlichen Fürsten ihren Sieg feiern, bleibt den Türken noch genügend Zeit über 83.000 Menschen in die Sklaverei zu verschleppen. Es sind 8.000 Männer, 25.000 Frauen und 50.000 Kinder aus Niederösterreich und der Steiermark.

25. Juli 1725 – Papst Benedikt XIII. adelt die Michaels-Bruderschaft

Rom - Berg am Laim * Papst Benedikt XIII. erhebt die St.-Michaels-Bruderschaft zur kurkölnischen Hof- und Erzbruderschaft. Einen wesentlichen Beitrag hierzu leistet Violante Beatrice, eine Tante von Kurfürst Clemens August. Die jüngere Schwester seines Vaters Max Emanuel und Gemahlin des Gran Principe Ferdinando de' Medici setzt sich bei einer päpstlichen Audienz für die Michaels-Bruderschaft ein. Sie hebt deren große Wirksamkeit hervor, die nach



damaligem Verständnis „angetrieben vom katholischen Eifer den lutherischen Unglauben auszurotten“ bestrebt ist. Mit dieser Erhebung gewinnt Berg am Laim überregionale Bedeutung und entwickelt sich zum Verwaltungszentrum eines Netzwerks von mehr als fünfzig Bruderschaftsfilialen in Kurbaiern sowie in den rheinisch-niederdeutschen und habsburgischen Ländern.

1753 – Die Harlachinger Anna-Kirche wird umfassend erneuert

München-Giesing * Zwischen 1753 und 1761 wird die Harlachinger Anna-Kirche umfassend erneuert. Dabei bleibt die äußere Gestalt vergleichsweise schlicht und erinnert weiterhin an eine romanische Dorfkirche, insbesondere durch den massiven Turm. Im Inneren wird der Kirchenraum im Stil des Rokoko gestaltet, der durch Leichtigkeit, Eleganz und reiche Ornamentik gekennzeichnet ist. Stuckverzierungen, geschwungene Formen und helle Farbgebung prägen das Erscheinungsbild. Die Deckenfresken sowie der Hochaltar bilden die künstlerischen Höhepunkte. Im Zentrum des Hochaltars steht weiterhin das Gnadenbild der „Anna selbdritt“, das den spirituellen Kern der Kirche darstellt. Es verbindet die kunsthistorische Ausstattung mit der religiösen Funktion als Wallfahrtsort.

14. Mai 1770 – Graf und Künstler prägen das neue Kirchenzentrum

Bogenhausen * Johann Baptist Straub, der in München hoch angesehene Meister für Altarbauten, erhält den Auftrag für die Erstellung des Hauptaltars. Der damals 66-jährige Hofbildhauer konzipiert den Barockaltar als Mittelpunkt der Kirche. Finanziert wird der Hochaltar von Graf August Joseph von Törring-Jettenbach, der sich zudem mit seinem Wappen im Abschlussbogen verewigen lässt. Der hoch zu Ross gegen den Drachen kämpfende Kirchenpatron wird auf Wunsch des Grafen geschaffen, da dieser zuvor Mitglied des anno 1729 von Kurfürst Carl Albrecht neu geschaffenen St.-Georgi-Ritterordens geworden war.

1816 – Debatte über den Bauplatz der Münchner Synagoge

München * Bei der Suche nach einem geeigneten Bauplatz für die Synagoge bevorzugen die Behörden zunächst einen Neubau außerhalb des Stadtzentrums. Ihr Vorschlag, die Synagoge „nahe dem Theater am Isartor“ zu errichten, stößt bei der Kultusgemeinde jedoch auf wenig Zustimmung. Das Grundstück wird nicht nur wegen seiner abgelegenen Lage abgelehnt; auch die unmittelbare Nähe zum Theater sowie zu mehreren Schlachthöfen erscheint der Gemeinde



für eine religiöse Einrichtung als unangemessen und unwürdig. Stattdessen bringt die Gemeinde ein brachliegendes Grundstück ins Gespräch, das sich im Besitz der Stadt befindet und hinter dem Polizeigebäude an der Lederergasse liegt. Der Stadtmagistrat wird daraufhin um die Überlassung dieses Grundstücks gebeten.

1822 – Bernbrunn bringt den Staberl auf die Bühne

München-Angerviertel * Der aus dem Weinmüller-Ensemble Schauspieler Carl Andreas von Bernbrunn, ein Darsteller aus Wien, übernimmt das Königliche Theater am Isartor. Der aus der österreichischen Hauptstadt kommende Akteur bringt den Wiener „Staberl“ auf die Bühne.

Der „Staberl“ ist in den Alt-Wiener Volkstheatern eine lustige Person, gekleidet mit einem roten Rock, grauem Hut, blaue Weste, Schnürstiefel á la Tyrolienne und mit einem dünnen, wegstehenden Zopf. Ursprünglich ist der „Staberl“ ein Wiener Bürger des Mittelstands mit dem Beruf eines Parapluimachers [= Schirmmacher], der sich in fremdartigen Verhältnissen ungelenk benimmt, sich aber durch Mutterwitz immer zu helfen weiß. Er wird folgendermaßen beschrieben: Er sei ein „lockerer Zeisig, der überall zu Hause ist und Dummheit mit Verschmitztheit vereint“. Theaterstücke mit dieser Figur im Zentrum nannte man „Staberliaden“. Staberl ist auch mit den Darstellern Johann Nestroy und vor allem mit Carl Andreas von Bernbrunn, dem späteren Carl Carl verbunden, der schon in seiner Münchner Zeit Stücke für den „Staberl“ schreibt.

Oktober 1836 – Regensburg als Zentrum der bayerischen Seidenzucht

Regensburg - München-Theresienwiese * Regensburg hat sich zum Zentrum der bayerischen Seidenzucht entwickelt. Die Qualität der erzeugten Seide findet Anerkennung und die Regensburger Gesellschaft zur Beförderung der Seidenzucht bekommt auf dem Oktoberfest des Jahres 1836 eine Auszeichnung.

1840 – Die Planung für das Maximilianeum nimmt konkrete Form an

München-Haidhausen * Die Planungen für den damals noch „Akropole“ genannten Nationalbau auf dem Isarhochufer nehmen konkrete Formen an. Vorgesehen ist ein Erziehungsinstitut für angehende Staatsbeamte, das unter der Bezeichnung „Athenäum“ entstehen soll. Beschrieben wird es als ein großer Kultur- und Sportcampus mit Kirchen, Sälen, einem Schwimmbad und insgesamt 23 Gebäuden. Als geistiger Initiator des Projekts gilt Friedrich Thiersch. Kronprinz Max II. beauftragt ihn daraufhin mit der Ausarbeitung eines Lehrplans sowie eines



Raumprogramms für die geplante Einrichtung. Thierschs Konzept sieht eine Kirche im Zentrum der Anlage vor. Auch die Bezeichnung „Athenäum“ geht auf ihn zurück, angelehnt an die Schule für junge Griechen, die er zwischen 1815 und 1818 in München geleitet hat. Ebenso stammt die heute gebräuchliche Bezeichnung „Maximilianeum“ von

25. September 1841 – Ein Haberfeldtreiben gegen den Pfarrer

Wöllkauer Anhöhe bei Irschenberg * In der Nacht vom 25. zum 26. September 1841 zitieren etwa 100 Haberer auf der Wöllkauer Anhöhe bei Irschenberg den Pfarrer Ignaz Kalm zur mitternächtlichen Stunde heraus und lesen ihm beim Schein von Fackeln und Laternen aufgrund seines recht lüderlichen Lebenswandels die Leviten. Man wirft ihm unter anderem vor, dass „er sich mit Dirnen und Eheweibern abgebe, ja, daß er sich sogar soweit verfehlt habe, einer am Sterbebette befindlichen Weibsperson die Schamteile zu berühren“. Die Anschuldigungen führen dazu, dass der Pfarrer Ignaz Kalm „wegen seines äußerst unsittlichen und in der That höchst empörenden Wandels“ des Amtes enthoben wird. Die geistlichen Herren rücken immer mehr in das Zentrum der Verfolgung, je mehr die Amtskirche mit der zunehmenden Kriminalisierung der Haberer eine kritische Position gegenüber den Treibern einnimmt.

18. März 1848 – In Berlin kommt es zu einem erbittert geführten Barrikadenkampf

Berlin * In Berlin kommt es in der Nacht vom 18. auf den 19. März zu einem erbittert geführten Barrikadenkampf. Vor dem Berliner Stadtschloss hat sich eine große Menschenmenge versammelt, um auf die Antwort des Königs auf die Märzforderungen der Berliner Bürgerschaft zu warten. Als während der Verlesung eines Patents von König Friedrich Wilhelm IV. zu den Reformen in Preußen auf der anfangs friedlichen Versammlung revolutionäre Parolen laut wurden, fallen zwei - angeblich versehentlich ausgelöste - Schüsse. Das ist das Signal für einen Barrikadenkampf. Innerhalb von wenigen Stunden türmen sich im Zentrum von Berlin die Barrikaden auf. Das Militär geht mit großer Härte und Brutalität auch gegen Unbeteiligte in den Häusern vor. Dennoch kann sich das Militär nicht durchsetzen. Als Bedingung für einen Waffenstillstand muss der König am 19. März seine Truppen abziehen.

14. Juli 1857 – Friedrich Wilhelm IV. von Preußen erleidet mehrere Schlaganfälle

Berlin * König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen erleidet mehrere Schlaganfälle, wodurch auch



sein Sprachzentrum in Mitleidenschaft gezogen wird. Er wird von seinem Bruder Prinz Wilhelm vertreten.

Februar 1867 – Noch eine Interessengemeinschaft zur Ostbahnhof-Standortfrage

München-Au - München-Giesing - München-Haidhausen * Noch eine Interessengemeinschaft zur Standortfrage des Ostbahnhofs tritt auf. Ihr gehören Handels- und Gewerbetreibende aus der Au, Giesing, Haidhausen und südlicher Stadtteile an. Sie wollen einen Südbahnhof in Untergiesing, südlich des im Jahr 1847 als Männerfreibad eröffneten Schyrenbades installiert sehen. Der Bahnhof soll die Anlage eines ausgedehnten Industrieviertels in den Isarauen ermöglichen. Ein Vorschlag, der heute möglicherweise Erstaunen hervorruft. Aber am Auer Mühlbach war von Hellabrunn bis hinauf zur Bäckerkunstmühle sogar ein Gebiet für schwerindustrielle Güter im Entstehen. Mit den genannten Vorschlägen liegen vier Standorte für einen Bahnhof und zwei alternative Streckenführungen zur Auswahl: eine innere, unmittelbar am Haidhauser Zentrum, und eine äußere, am östlicher gelegenen Kuisl-Anwesen vorbeiführende Linie.

16. September 1887 – Die Münchner Haupt-Synagoge wird eingeweiht

München-Angerviertel - München-Kreuzviertel * In den Morgenstunden begehen die jüdischen Gläubigen Münchens in der alten Münchner Synagoge an der Westenriederstraße den letzten Gottesdienst und überführen anschließend die Thora-Rollen in das neue israelitische Gebetshaus. Dort angekommen legen sie den Schlussstein der Kirche, der eine Kapsel mit einer Urkunde über den feierlichen Akt sowie sämtliche Tageszeitungen und die in Umlauf befindlichen Münzen enthält. Um 17 Uhr erfolgt dann - unter interessierter Beteiligung der Münchner Öffentlichkeit und der offiziellen Repräsentanten von Stadt und Staat - die feierliche Einweihung der neuen, nach dreijähriger Bauzeit fertiggestellten Münchner Haupt-Synagoge an der Herzog-Max-Straße 7. Ausgestattet mit 1.000 Männer- und 800 Frauen-Betstühlen ist sie - nach der Berliner und der Breslauer Synagoge - das drittgrößte deutsche jüdische Gotteshaus und Zentrum der liberal ausgerichteten Mehrheitsgemeinde. Die zeitgenössischen Kritiker würdigen den Bau als „ein völlig selbständiges Werk von ausgeprägter Eigenart, ein Denkmal, nicht nur des Meisters, der es geschaffen hat, sondern auch der Zeit, in der es entstand“. Und das Münchner Tagblatt vermerkt überschwänglich, dass das „architektonische Schmuckkästchen“ München nun wieder „um eine köstliche Perle reicher geworden“ ist.



1889 – Gemeindezentrum an der Herzog-Max-Straße 3 eröffnet

München-Kreuzviertel * Der Bau des Gebäudes an der Herzog-Max-Straße 3 ist fertiggestellt. Er beherbergt - bis zur Enteignung durch die Nationalsozialisten im Jahr 1938 - neben Wohnungen und zwei Betsälen das Wohlfahrts- und Jugendamt sowie die Israelitische Armenpflege, das Rabbinat und die Kanzlei der Münchner Kultusgemeinde.

25. März 1892 – Einweihung der Ohel-Jakob-Synagoge

München-Graggenau * Die Ohel-Jakob-Synagoge in der Kanalstraße 23, später Herzog-Rudolf-Straße 3, wird feierlich eingeweiht. Der Name „Ohel Jakob“ bedeutet „Zelt Jakobs“ und verweist auf das biblische Bild des Zeltes als Ort der Gegenwart Gottes. Errichtet wird die Synagoge vom Verein Ohel Jakob, der die orthodoxen Juden Münchens vertritt und den Bau vollständig durch Spenden finanziert. Das von August Exter entworfene Gotteshaus bietet Platz für rund 150 Gläubige und verfügt über eine Frauenempore. Mit einer Höhe von etwa 19 Metern und seiner vergleichsweise schlichten Dimension wirkt der Bau eher wie eine kleine Pfarrkirche als wie die monumentale Hauptsynagoge an der Herzog-Max-Straße. Dennoch entwickelt sich die Synagoge rasch zum religiösen Zentrum der orthodoxen jüdischen Gemeinde Münchens. Architektonisch verbindet das Gebäude verschiedene historische Stilrichtungen. Die Straßenfassade orientiert sich an romanischen Kirchenbauten und wird durch frühgotische Elemente ergänzt. Besonders prägend sind das große Rundfenster mit Davidsstern sowie die zentrale Kuppel, die von byzantinischen Vorbildern inspiriert ist. Auch im Inneren spiegelt die Architektur die religiösen Funktionen wider: Über dem Thoraschrein erhebt sich ein neugotisches Rippengewölbe, während die zentrale Kuppel den Blick auf den Almemor, das Lesepult für die Torahlesung, lenkt. Die Errichtung der Synagoge kostet rund 250.000 Mark. Zum Ensemble gehört außerdem eine Israelitische Volksschule in den benachbarten Gebäuden. Sie besitzt den Status einer öffentlichen Konfessionsschule.

12. Juli 1893 – In Bayern finden Landtagswahlen statt

Königreich Bayern * Bei der Neuwahl zum Bayerischen Landtag können zwei neue Parteien in die Abgeordnetenversammlung einziehen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD erhält fünf Mandate, der Bayerische Bauernbund - BBB stellt sogar neun Abgeordnete. Das Zentrum, das aus der Patriotischen Partei hervorgegangen ist, verfügt nur noch über 74 Mandate. Aufgrund der unterschiedlichen Bestimmungen in Reich, Land und Stadt sind bei der Landtagswahl 56.100, hingegen bei der Reichstagswahl 106.800, und bei der



Kommunalwahl aber nur 19.292 Münchner wahlberechtigt.

1897 – Die SPD fordert die Trennung von Staat und Kirche

München * Der Bayerische Bauernbund - BBB fordert unter anderem die Aufhebung der kirchlichen Schulaufsicht und die Abschaffung der aristokratischen Ersten Kammer. Georg von Vollmar, der Führer der SPD fordert die Trennung von Staat und Kirche und kritisiert die Vormundschaft der Kirche über die Lehrer. Das Zentrum sieht darin ein Streben nach Entchristlichung der Schule, wie sie auch den Liberalen vorschwebte, und fordert im Umkehrschluss „die volle Emanzipation der Kirche von den Fesseln staatlicher Bevormundung“.

17. Juli 1899 – Zentrum und SPD schließen ein Wahlbündnis

Bayern * Bei den Wahlen erhalten die Liberalen nur noch 44 Mandate [- 23], das Zentrum, der Bayerische Bauernbund und die SPD können leicht zulegen, die Sozialdemokraten ihr Ergebnis von fünf auf elf Mandate mehr als verdoppeln. Bei dieser Wahl schließen das Zentrum und die SPD, die sonst nur wenig Gemeinsamkeiten haben, erstmals ein Bündnis, wonach sie sich gegenseitig in den drei Wahlbezirken München, Zweibrücken und Speyer ihre Stimmen geben, je nach den größeren Wahlchancen der örtlichen Kandidaten. Auf diese Weise sollen die Tücken des Mehrheitswahlrechts überwunden werden, wonach sämtliche Stimmen für die unterlegenen Kandidaten innerhalb eines Wahlkreises verfallen.

20. April 1901 – Das neue Schauspielhaus wird eröffnet

München-Graggenau * Das neue Schauspielhaus in der Maximilianstraße wird mit Hermann Sudermanns Tragödie „Johannes“ eröffnet. Unter der Leitung von Ignaz Georg Stollberg und Cajetan Schmederer entwickelt sich die Bühne rasch zu einem der bedeutendsten Theater Deutschlands. Das Haus widmet sich insbesondere dem modernen Drama und präsentiert Werke zeitgenössischer Autorinnen und Autoren. Stücke von Henrik Ibsen, August Strindberg, Gerhart Hauptmann, Arthur Schnitzler und Frank Wedekind prägen den Spielplan. Mit seinem anspruchsvollen Repertoire etabliert sich das Schauspielhaus als wichtiges Zentrum des Naturalismus und der modernen Dramatik und setzt maßgebliche Impulse für das Münchner Theaterleben. Das Haus genießt bald einen hervorragenden Ruf weit über München hinaus.



1902 – Räumlichkeiten für die Brockensammlung auf der Kohleninsel

München-Isarvorstadt * Die Stadt München stellt der Brockensammlung Räumlichkeiten in der ehemaligen Alten Isarkaserne auf der Kohleninsel zur Verfügung. Dazu gehört eine große, beheizbare Halle, die von vier Säulen getragen wird. Angrenzend befinden sich ein geräumiges Zimmer sowie zwei kleinere Räume. Der Standort ist ideal - zentrumsnah und in unmittelbarer Nähe zu den Armenvierteln der Stadt.

17. Juli 1905 – Erneutes Wahlbündnis zwischen der SPD und dem Zentrum

Königreich Bayern * Die Landtagswahlen sind von einem erneuten und ausgeweiteten Wahlbündnis zwischen der SPD und dem Zentrum geprägt. Bei den Bayerischen Landtagswahlen erhält das Zentrum 102 (bisher 83), die Fortschrittspartei 22 (44), die SPD 12 (11) Mandate. Die Liberalen setzten ihren Abstieg fort und können nur noch 22 [- 22] Mandate erringen. Doch damit ist der Weg für eine Zweidrittelmehrheit geebnet, welche zu einer Wahlrechtsreform benötigt wird.

2. August 1906 – Der Reichstag lehnt weiteres Geld für die Kolonialkriege ab

Berlin * Durch den anhaltenden und mit hohen Kosten verbundenen Kolonialkrieg zuerst gegen die Herero und jetzt gegen die Nama ist die deutsche Regierung gezwungen, im Deutschen Reichstag einen Nachtragshaushalt in Höhe von 29 Millionen Reichsmark zu beantragen. Vor allem die SPD verweigert angesichts der „rücksichtslosen Kriegsführung“ mit zahlreichen Opfern ihre Zustimmung. Auch der Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger kritisiert die Ausgaben scharf und argumentiert gegen die Kolonialkriege, weshalb auch die Zentrumsfraktion - zum Teil gegen ihren Willen - den Nachtragshaushalt ablehnt. Vertreter beider Parteien wollen der in Deutschland vorherrschenden patriotischen Kolonialbegeisterung eine realistischere Sicht auf die Lage in den Kolonien entgegensetzen, um den in Deutsch-Südwestafrika tobenden Krieg zu beenden.

13. Dezember 1906 – Mehrheit gegen die Fortsetzung des südwestafrikanischen Kolonialkrieges

Berlin * Bei der Abstimmung im Reichstag kommt eine knappe Mehrheit von 177 zu 168 gegen den Nachtragshaushalt zur Fortsetzung des südwestafrikanischen Kolonialkrieges zustande. Daraufhin lässt Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow - in Einvernehmen mit Kaiser Wilhelm II.



- noch am gleichen Tag den Reichstag auflösen.

31. Mai 1907 – Ergebnis der bayerischen Landtagswahlen 1907

Königreich Bayern * Bei den bayerischen Landtagswahlen erhalten das Zentrum 98 (- 4), die Fortschrittspartei 25 (- 3) und die Sozialdemokratische Partei 20 (+ 8) Mandate.

31. Mai 1907 – Landtagswahlen mit dem neuen Mehrheitswahlrecht

Königreich Bayern * Die Wahlen werden erstmals nach dem neuen Wahlgesetz durchgeführt. Durch das Mehrheitswahlrecht erreicht das Zentrum mit 44 Prozent der Stimmen 60 Prozent der Mandate, die Liberalen erhalten 16 Prozent der Mandate bei 24 Prozent der Stimmen, die SPD benötigt für zwölf Prozent der Mandate 17,7 Prozent der Stimmen.

27. September 1907 – Der 35. Landtag will das Verhältniswahlrecht durchsetzen

München-Kreuzviertel * Der 35. Landtag dauert vom 27. September 1907 bis zum 14. November 1911. Die SPD will gemeinsam mit den Liberalen und dem Bauernbund das Verhältniswahlrecht durchsetzen. Doch so weit kommt es nicht.

14. November 1911 – Prinzregent Luitpold löst den Landtag vorzeitig auf

München-Kreuzviertel * Das Zentrum verweigert die Beratung des Verkehrsetats, weil ihr der linksliberale Verkehrsminister Heinrich von Frauendorfer zu sozialistenfreundlich ist und dem der SPD nahestehenden Süddeutschen Eisenbahnerverband ein Streikrecht einräumt. Das Zentrum will sich dem Prinzregenten als regierungsfähig darstellen und versucht sich mit einem scharfen antisozialdemokratischen Kurs zu profilieren. Daraufhin macht Prinzregent Luitpold von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch, löst den Landtag vorzeitig auf und setzt Neuwahlen an. Die letzte derartige Landtags-Auflösung fand im Jahr 1869 statt. Bei der Verkündung dieses Beschlusses in der Abgeordnetenversammlung vermerkt das Protokoll „lebhaften Beifall links und bei den Sozialdemokraten“.

12. Januar 1912 – Bei den Reichstagswahlen wird die SPD stärkste Fraktion



Deutsches Reich * Bei der Reichstagwahl 1912 erreicht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD 34,8 Prozent der abgegebenen Stimmen und wird mit 110 Abgeordneten [+ 67] zur stärksten Fraktion, das Zentrum wird mit 91 [- 14] Abgeordneten, aber lediglich 16,4 Prozent der Stimmen zur zweitstärksten Fraktion, die Nationalliberale Partei - NLP kommt auf 13,6 Prozent und 45 Abgeordnete [- 10], die Fortschrittliche Volkspartei - FVP erreicht mit 12,3 Prozent 42 Abgeordnete [-7]. Die Wahlbeteiligung liegt bei 85 Prozent. Die Benachteiligung der Sozialdemokraten kommt durch die seit dem Jahr 1871 unveränderte Wahlkreiseinteilung und anderen Verzerrungen durch das Mehrheitswahlrecht, zum Beispiel das Dreiklassenwahlrecht in Preußen. Es ist die letzte Wahl, bei der die Frauen nicht stimmberechtigt sind.

5. Februar 1912 – Die absolute Mehrheit des Zentrums kann nicht gebrochen werden

Königreich Bayern * Bei den Bayerischen Landtagswahlen erringt das Zentrum 87 (-12), die Liberalen 30 (+5), die SPD 30 (+10) und der Bauernbund 8 (-5) Mandate. Die absolute Mehrheit des Zentrums kann nicht gebrochen werden.

9. Februar 1912 – Georg von Hertling wird Vorsitzender des Ministerrats

München * Nach dem Rücktritt von Clemens von Podewils-Dürnitz überträgt Prinzregent Luitpold dem Zentrumsvorsitzenden Georg Freiherr von Hertling das Ministerium des Königlichen Hauses und des Äußeren sowie den Vorsitz im Ministerrat.

30. Oktober 1913 – Verfassungsänderung zur Beendigung der Regentschaft

München-Kreuzviertel * Die Abgeordnetenkammer beschließt ein verfassungsänderndes Gesetz mit 122 gegen 27 Stimmen der Sozialdemokraten. Mit diesem Gesetz kann der „Regent die Regentschaft für beendet und den Thron für erledigt erklären“, wenn „wegen eines körperlichen oder geistigen Gebrechens des Königs“ auch „nach Ablauf von zehn Jahren keine Aussicht auf Regierungsfähigkeit“ besteht. Damit hat der Prinzregent die Möglichkeit, seinen noch lebenden geisteskranken Cousin, den legitimen König Otto I., zu entthronen. Prinzregent Ludwig III. wollte politisch eine Veränderung herbeiführen und konnte mit dem Zentrum und den Liberalen auf eine breite parlamentarische Mehrheit bauen. Doch eine schlichte Proklamation Ludwigs III. zum König wurde von den Abgeordneten als nicht ratsam erachtet, da auch der Prinzregent eine Übertragung der Krone durch den Landtag ablehnte. Schließlich wollte



Ludwig III. kein „König von Volkes Gnaden“, sondern ein „König von Gottes Gnaden“ sein.

3. November 1913 – Den ganzen Monarchismus lächerlich finden

Trier * Die politisch dem Zentrum nahestehende Zeitung Trierischer Volksfreund schreibt über die Monarchie: „In modernen Ländern entscheidet das Volk über die Regierungsform und bestimmt das Volk den Herrscher, der es regieren soll. [...] Kein Mensch glaubt heute mehr, dass es besondere Menschen gäbe, in die die Gnade Gottes hineingefahren wäre. [...] Als vernünftige Menschen müssen wir den ganzen Monarchismus lächerlich finden.“

30. Juli 1914 – Das Bayerische Wochenblatt verurteilt die Kriegshetze

Königreich Bayern * Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges findet sich im Bayerischen Wochenblatt der folgende Artikel: „Dass sich an der gewissenlosen Kriegshetze vor allem die Zentrums Presse beteiligt, passt durchaus zu der Sorte ‚Christentum‘, die diese verkommene Partei vertritt. Die Sozialdemokratie wird von ihr als ‚vaterlandsfeindlich‘ verlästert, weil sie nicht gewissenlos genug ist, das Vaterland in einen Krieg von unabsehbaren Folgen hinein hetzen zu helfen. Und ‚religionsfeindlich‘ ist die Sozialdemokratie wahrscheinlich deshalb, weil sie im Gegensatz zu den schwarzen Maulchristen bemüht ist, die Lehre Christi in die Tat umzusetzen.“

25. August 1914 – In Löwen [Leuven] kommt es vollkommen unerwartet zu Schusswechseln

Leuven * Am Abend kommt es in Löwen [Leuven] plötzlich und zu diesem Zeitpunkt vollkommen unerwartet zu Schusswechseln. Historiker gehen heute davon aus, dass es sich dabei um ein sogenanntes friendly fire, also ein eigenes Geschützfeuer handelte, bei dem deutsche Soldaten versehentlich eigene Kameraden beschossen haben. Doch damals hieß es, belgische Freischärler [sogenannte Franktireurs] haben angegriffen. Eine tragische Kettenreaktion kommt in dieser Nacht in Gang. Die größtenteils im Kampf unerfahrenen deutschen Soldaten dringen in ihrer Panik in die belgischen Häuser ein, in denen sie die Heckenschützen vermuten. In wilder Raserei nehmen sie Geiseln und töten Tausende Zivilisten, nachdem sie deren Wohnungen in Brand gesetzt haben. Immer mehr Gebäude im Zentrum Löwens fangen Feuer.



13. Dezember 1914 – Neuwahl des Münchner Magistrats

München * Der Münchner Magistrat wird gewählt. Die 20 bürgerlichen Magistratsräte gehören folgenden Parteien an: Liberale Partei 8, Sozialdemokratische Partei 7, Zentrum 5. Die 60 Gemeindebevollmächtigten setzen sich zusammen aus: Sozialdemokratische Partei 22, Liberale Partei 18, Zentrum 17, Haus- und Grundbesitzer 3. Oberbürgermeister bleibt Dr. Wilhelm von Borscht. II. rechtskundiger Bürgermeister wird Dr. Otto Merkt. Die Wahlperiode dauert drei Jahre.

6. April 1917 – Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Gotha

Gotha * Die in Gotha bis zum 8. April stattfindende zweite Reichskonferenz der sozialdemokratischen Opposition wird zum Gründungsparteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - USPD. In der neuen Partei finden sich Sozialdemokraten verschiedenster Couleur wieder: Revolutionäre Marxisten wie die Gruppe Internationale, die im Krieg die prognostizierte Krise des Kapitalismus sieht und auf revolutionäre Aktionen drängt; pazifistisch gesinnte Sozialdemokraten, die im Weltkrieg einen Angriffskrieg Deutschlands sehen und sich diesem aus ethischen und moralischen Gründen verweigern; daneben Revisionisten, aber auch führende Vertreter des marxistischen Zentrums. Die USPD ist also keine straffe, einige revolutionäre Linkspartei. Sie zeigt sich nur einig in dem gemeinsamen Ziel: Die Beendigung des Krieges ohne Annexionen. Sie steht demzufolge für die Gegnerschaft zum Krieg, in dem sie längst keinen Verteidigungskrieg, sondern einen imperialistischen Eroberungskrieg sieht. Die USPD ist also in erster Linie der Block der sozialdemokratischen Gegner des Burgfriedens, der gegen die Kriegskredite ist. Sonst herrschen innerhalb der USPD in der Beurteilung der Arbeiterbewegung und ihrer Taktik große Meinungsverschiedenheiten. Zu Vorsitzenden der neuen Partei werden Wilhelm Dittmann und Hugo Haase gewählt. Auch Kurt Eisner ist in Gotha anwesend, obwohl er immer gegen die Spaltung der Partei war. Die Unzufriedenheit mit der SPD hat auch in Bayern zugenommen. Für die SPD sind die USPD-ler „Vaterlandsverräter“, für die USPD sind die SPD-ler „Verräter am Sozialismus und an der Arbeiterschaft“.

6. Juli 1917 – Der Interfraktionelle Ausschuss wird gegründet

Berlin * Der Interfraktionelle Ausschuss wird gegründet. Es ist ein inoffizielles Gremium, das die Arbeit der Reichstagsfraktionen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - SPD, der Zentrumspartei und der Fortschrittlichen Volkspartei - FVP koordiniert. Bis Januar 1918 beteiligten



sich auch Abgeordnete der Nationalliberalen Partei - NLP an den Beratungen im Interfraktionellen Ausschuss. Diese Parteien stellen seit der Reichstagswahl vom 12. Januar 1912 die Mehrheit im Reichstag, weshalb auch von der Reichstagsmehrheit gesprochen wird. Der Interfraktionelle Ausschuss bildet den Auftakt zur Parlamentarisierung des Deutschen Kaiserreiches.

6. Juli 1917 – Matthias Erzberger fordert einen annexionslosen Frieden

Berlin * Der Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger fordert in er Aufsehen erregenden Rede vor dem Hauptausschuss des Reichstags einen annexionslosen Frieden, da keine Aussicht auf einen Sieg mehr besteht. Er will eine Friedensinitiative des Parlaments und fordert zugleich den Rücktritt des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg.

13. Juli 1917 – Der Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg wird gestürzt

Berlin * Die Oberste Heeresleitung - OHL und die Reichstagsmehrheit, bestehend aus SPD, Fortschrittspartei und Zentrum, stürzen den Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg.

14. Juli 1917 – Die Reichstagsmehrheit verabschiedet eine Friedensresolution

Berlin * Die Reichstagsmehrheit bestehend aus SPD, Zentrum und Fortschrittliche Volkspartei - FVP verabschiedet im Reichstag die vom Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger am 6. Juli 1917 geforderte Friedensresolution. In dieser treten sie für „einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker“ ein, mit dem „erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar“ sind.

2. September 1917 – Die Deutsche Vaterlandspartei - DVLP wird gegründet

Königsberg * Am Tag des Friedens bei Sedan wird die erzkonservative, nationalistische, völkische und antisemitische Deutsche Vaterlandspartei - DVLP von ultrarechten Kräften, darunter Großadmiral Alfred von Tirpitz und dem ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, gegründet. Innenpolitisch kündigt die Vaterlandspartei den Burgfrieden von rechts auf. Sie plädiert für einen unterdrückenden und autoritären Kurs gegenüber der Arbeiterbewegung und greift auch bürgerliche Politiker heftig an, die sich – wie beispielsweise den Zentrums Politiker Matthias Erzberger - für eine Reform des



politischen Systems unter Einbeziehung der SPD aussprechen. Die Parteiführung verfolgt den Plan, mit Hilfe eines „starken Mannes“ einen autoritären Staatsumbau einzuleiten und dabei den Reichstag und die Linksparteien auszuschalten. Im äußersten Fall sollte auch der „zu weiche Kaiser“ Wilhelm II. bei einer sich bietenden Gelegenheit für „regierungsunfähig“ erklärt und der weit rechts stehende Kronprinz von Preußen zum Regenten ernannt werden. Außenpolitisch tritt die Vaterlandspartei für einen deutschen Siegfrieden und ein umfassendes Programm direkter und indirekter Expansion ein. Mit ihren Kampagnen gegen einen Verzichtfrieden - oder Judenfrieden genannten Verständigungsfrieden - und gegen Schlappeit und Verrat an der Heimatfront legt die Deutsche Vaterlandspartei - DVLP den Grundstein für den Nachkriegsdiskurs über die Novemberverbrecher und die Dolchstoß-Legende.

18. September 1917 – Die SPD bringt den Antrag Auer-Süßheim ein

München-Kreuzviertel * Ein von der SPD in der Bayerischen Abgeordnetenversammlung eingebrachter Reformantrag, genannt „Antrag Auer-Süßheim“, fordert: Ersetzung des Zweikammersystems durch das Einkammersystem. Aufhebung der Kammer der Reichsräte. Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zum Landtag für alle volljährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Ausbau der Gesetzesinitiative des Landtags. Beseitigung des königlichen Sanktionsrechts. Ernennung der Minister und Bundesratsmitglieder nach Vorschlag des Landtags. Selbstbestimmungsrecht des Landtags in Bezug auf Zusammentritt und Vertagung. Einjähriger Staatshaushalt. Beseitigung aller Vorrechte der Geburt und des Standes, Aufhebung der bisherigen Privilegien der Standesherrn, Abschaffung des Adels. Verbot der Bildung neuer und der Vergrößerung bisheriger Fideikomisse. Auflösung der bestehenden Fideikomisse. Aufhebung der bisherigen Privilegien des Königs und der Mitglieder der königlichen Familie, insbesondere der Steuer- und Portofreiheit, der Unverantwortlichkeit und des besonderen Gerichtsstandes. Trennung der Kirche vom Staat, Aufhebung der Privilegien der anerkannten Religionsgemeinschaften. Vollkommene Durchführung der Gewissens-, Religions- und Kulturfreiheit.

22. Oktober 1917 – Reichskanzler Georg Michaelis wird das Vertrauen entzogen

Berlin * Die Mehrheitsparteien im Reichstag (Sozialdemokraten, Linksliberale und katholisches Zentrum) entziehen Reichskanzler Georg Michaelis das Vertrauen wegen seiner eigenwilligen Interpretation der Friedensresolution, seines scharfen Vorgehens gegen die USPD sowie wegen seiner Ablehnung einer Reform des Dreiklassenwahlrechts.



31. Oktober 1917 – Reichskanzler Georg Michaelis tritt zurück

Berlin * Reichskanzler Georg Michaelis tritt zurück, nachdem ihm am 22. Oktober 1917 die Mehrheitsparteien (Sozialdemokraten, Linksliberale und katholisches Zentrum) das Vertrauen entzogen hatten.

19. Dezember 1917 – Alle SPD-Forderungen werden abgeschmettert

München-Kreuzviertel * Der SPD-Reformantrag vom 18. September 1917 wird im Plenum der Abgeordnetenversammlung behandelt. Der Führer der Zentrumsfraktion, Heinrich Held, lehnte die SPD-Vorschläge rundweg ab, denn: „Der Antrag bezieht [...] eine fundamentale Einschränkung der Königsrechte und geht in seinen letzten Wirkungen auf die tatsächliche Abschaffung der konstitutionellen Monarchie, auf die Einführung der parlamentarischen Regierungsform und schließlich auf die Republikanisierung unseres Staatswesens hinaus.“ Alle elf Vorschläge werden in der Abstimmung per Handaufheben von der ihren Besitzstand verteidigenden Zentrumsmehrheit im Bündnis mit den Liberalen abgelehnt. Damit ist die Reformbewegung zumindest für die Dauer des Krieges zum Stillstand gebracht worden.

23. April 1918 – Erneut eine Reform zur Verhältniswahl abgelehnt

München-Kreuzviertel * Der Antrag der Sozialdemokraten und der Liberalen, die Kammer der Abgeordneten nach dem Verhältniswahlrecht wählen zu lassen, kommt für die bayerische Regierung zur Unzeit. Heinrich Held, der Führer der Zentrumsfraktion, lehnt den Vorschlag ab, da das Verhältniswahlrecht zwei Nachteile habe: Es zerstört die Beziehungen zwischen den verschiedenen Ständen und ihren parlamentarischen Vertretern und das System wäre darauf ausgerichtet, dass die parlamentarische Kontrolle in den Händen professioneller Parteipolitiker zu liegen käme. Die Zentrumsfraktion will die Verhältniswahl nur in einigen großen Städten Bayerns, und nur auf der Grundlage der Volkszählung von 1910 zulassen. Auf 42.000 Einwohner sollte ein Abgeordneter gewählt werden. Die MSPD lehnt den Zentrums-Vorschlag als unzulänglich ab und will die Regelung auf das gesamte Staatsgebiet ausdehnen. Sie fordert eine durchgreifende Neueinteilung der Wahlkreise, um so das fehlende Gleichgewicht zwischen Stadt und Land herzustellen. Die bayerische Regierung stellt sich auf die Seite des Zentrums, weshalb die Wahlrechtsreform erneut abgelehnt wird.



26. Juni 1918 – Das machtpolitische Versagen der Reichstagsmehrheit

Berlin * Der Interfraktionelle Ausschuss trifft sich im Reichstag und beschließt, auf eine politische Initiative zur Unterstützung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Richard von Kühlmann, zu verzichten. Der Interfraktionelle Ausschuss ist ein inoffizielles Gremium, das die Arbeit der Reichstagsfraktionen der Sozialdemokratischen Partei - SPD, der Fortschrittlichen Volkspartei - FVP und der Zentrumspartei koordiniert. Die drei Parteien bilden seit der Reichstagswahl von 1912 die Mehrheit im Reichstag. Die Situation zeigt aber auch das machtpolitische Versagen der Reichstagsmehrheit.

22. Juli 1918 – Die Münchener Post schlägt angeblich versöhnlichere Töne an

Nürnberg - München * Die Nürnberger Volkszeitung, eine Zeitung des konservativen Zentrums, stellt fest: Die „Münchener Post [...] ist in den alten Ton gefallen und führt häufig eine schärfere Sprache als früher. Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, dass sie es bewußt tut, um die ‚Unabhängigen‘ versöhnlicher zu stimmen und dem Vorwurf des ‚Regierungssozialismus‘ zu begegnen. Denn die ‚Unabhängigen‘ machen in Bayern den Mehrheitssozialisten viel zu schaffen“.

27. August 1918 – Max von Baden und seine programmatischen Vorstellungen

Karlsruhe - Lille * In einem privaten Brief an Kronprinz Rupprecht von Bayern legt Prinz Max von Baden sein politisches Motiv für eine eventuelle Kanzlerkandidatur offen. Er will die Demokratisierung des Reiches verhindern und fürchtet am meisten den Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger, der - unterstützt durch die Reichstagsmehrheit - dem Kanzler „neue Majoritätsfesseln“ anlegen möchte. Um dies zu verhindern will der Prinz die politische Mehrheit im Reichstag „wieder in ihre wohlverdiente Ohnmacht zurück treiben“.

2. September 1918 – König Ludwig III. fordert eine Revolution von oben

München * König Ludwig III. fordert gesetzliche Maßnahmen zur Sicherung der Monarchie und zur Stabilisierung des Systems. Ein neues Kabinett soll gebildet werden, dem sowohl das Zentrum wie die Sozialdemokratie angehören soll. Da diese Revolution von oben hauptsächlich dem Machterhalt des bestehenden Systems dient, wird sie nur vom konservativen Teil der Bevölkerung unterstützt. Es wird aber noch bis zum 16. Oktober dauern, bis in Bayern



die Frage der Verfassungsreform grundsätzlich erörtert wird.

12. September 1918 – Der Interfraktionelle Ausschuss will eine Regierungsneubildung

Berlin * Der Interfraktionelle Ausschuss, das gemeinsame Gremium von MSPD, Zentrum und Linksliberalen, loten erstmals seit den Januarstreiks aus, welche Gemeinsamkeiten ihnen geblieben sind. In der Sitzung suchen die Mehrheitsparteien gemeinsam nach einem Ausweg, zu dem auf jeden Fall eine Regierungsneubildung gehören muss. Man ist sich einig über die Unglaubwürdigkeit unserer Regierung im Ausland. Mit dem Kaiser, der Obersten Heeresleitung und der Regierung Hertling wird es keinen Verständigungsfrieden geben können. Es wird deutlich, was die Spitze der Mehrheitssozialdemokratie will: keine Revolution, keinen Bürgerkrieg, dafür eine rasche Demokratisierung einschließlich einer gleichberechtigten Arbeiterschaft.

24. September 1918 – Das Minimalprogramm der MSPD für eine Regierungsbeteiligung

Berlin * Im Vorwärts wird das Minimalprogramm der MSPD für eine Regierungsbeteiligung veröffentlicht. Die Mehrheitssozialdemokraten verlangen: Den Beitritt Deutschlands zu einem Völkerbund, der Streitfälle friedlich regelt. Ein klares Eingehen auf das 14-Punkte-Programm des US-Präsidenten. Die Aufhebung der Diktatfrieden mit Rumänien und Russland und den Abzug der dort eingesetzten deutschen Besatzungstruppen. Belgien, Montenegro und Serbien sollen geräumt werden. Freie, allgemeine und gleiche Wahlen in den Ländern des Deutschen Reichs, was vor allem Preußen mit seinem Dreiklassen-Wahlrecht meint. Keine Nebenregierungen, womit die Oberste Heeresleitung - OHL gemeint ist. Die Berufung der Regierungsmitglieder aus der Reichstagsmehrheit, also MSPD, Linksliberale und Zentrum. Versammlungs- und Pressefreiheit, und damit die Beendigung des Belagerungszustandes. Die Beseitigung aller militärischen Institutionen, die der politischen Beeinflussung dienen. Die bürgerlichen Parteien sind die Bündnispartner der Mehrheitssozialdemokraten, nicht die USPD.

27. September 1918 – Ludendorff plant die Handhabung der militärischen Niederlage

Berlin * Generalquartiermeister Ernst Ludendorff beginnt die Handhabung der Niederlage zu planen: Die Armee muss gerettet werden - ihre Existenz und Ehre. Ein Waffenstillstandsgesuch muss von der Regierung ausgehen, nicht von der Obersten



Heeresleitung. Es muss politisch motiviert sein, nicht militärisch. Das Waffenstillstandsgesuch sollte von jenen politischen Kräften ausgehen, die schon immer für einen Verständigungsfrieden eingetreten sind - die Parteien der Reichstagsmehrheit (SPD, Fortschrittspartei und Zentrum). Diese Parteien müssten entweder in die Regierung aufgenommen werden oder selbst die Regierung bilden. Als Anreiz für diese unattraktive Aufgabe der Regierungsverantwortung müsste diesen Parteien der Übergang zur parlamentarischen Regierungsform angeboten werden. Das würde gleichzeitig die Chancen des Waffenstillstandsgesuchs verbessern.

1. Oktober 1918 – Durchhalteparolen in der Zentrums Presse

Nürnberg * Die zur Zentrums Presse gehörende Nürnberger Volkszeitung, gibt realitätsblinde Durchhalteparolen aus: „Fürwahr: wir können uns die Größe der Gefahr, in welcher wir schweben, wenn wir in unserer Kampfkraft nachlassen, gar nicht kraß genug vorstellen, um daraus den felsenfesten, entschlossenen Willen zu schöpfen, jede Faser unseres Willens und Herzens anzuspannen, damit wir uns kräftigen in dem Entschlusse, lieber unser Letztes herzugeben, als zu so schimpflichem Dasein verurteilt zu sein. [...] Unsere Feinde wollen uns vernichten, sie würden auch einen noch so weitgehenden Frieden, den wir zu genießen bereit wären, abweisen, weil sie uns ‚ausrotten‘ und unser Land zu einer Wüstenei machen wollen. Kann es da ein deutsches Herz geben, welches dem Vaterlande in dieser großen Not und Bedrängnis nicht zur Seite stehen wollte? Jetzt ist die Stunde, in der wir die nationale Verteidigung organisieren müssen! Jetzt gibt es kein Besinnen mehr, der letzte entscheidende Gang hat begonnen!“

2. Oktober 1918 – Das OHL informiert die Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen

Berlin * Der Emissär der Obersten Heeresleitung - OHL und Abgesandter des Generalquartiermeisters Erich Ludendorffs, Major Erich von dem Bussche-Ippenburg, informiert die Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen, dass „nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr besteht, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen“. „Die Oberste Heeresleitung sieht sich veranlasst, Seiner Majestät vorzuschlagen, zu versuchen, den Kampf abubrechen, die Fortsetzung des Krieges als aussichtslos aufzugeben. Jede vierundzwanzig Stunden können die Lage verschlechtern und den Feind unsere eigentliche Schwäche erkennen zu lassen.“ Bei den bürgerlichen Parteien herrscht ebenso wie bei den Sozialdemokraten blankes Entsetzen und Niedergeschlagenheit. Doch kein Sozialdemokrat, kein Zentrumsmann, kein Liberaler reißt das Angebot des politischen Handelns an sich. Deshalb geht die Kanzlerschaft an einen adeligen,



badischen Prinzen.

3. Oktober 1918 – Friedrich Ebert will in die Regierung - Philipp Scheidemann nicht

Berlin * Philipp Scheidemann, der Außenpolitische Sprecher der SPD im Reichstag und zweiter Mann in der SPD-Reichstagsfraktion plädiert gegen den Eintritt in ein „bankrotttes Unternehmen“.

Friedrich Ebert argumentiert in der Fraktionssitzung für die Beteiligung an der Regierung. Denn die Partei darf sich nicht dem Vorwurf aussetzen, dass sie in einem Augenblick ihre Mitwirkung versagt hat, in dem man sie dringend von allen Seiten darum bat. „Wir müssen uns im Gegenteil in die Bresche werfen“. Friedrich Ebert wird sich mit dieser Argumentation durchsetzen. Damit kann eine parlamentarisch verantwortliche Regierung unter Reichskanzler Prinz Max von Baden gebildet werden. Gemeinsam mit den Sozialdemokraten, den Liberalen und dem Zentrum verfügt der Reichskanzler über eine solide parlamentarische Mehrheit.

3. Oktober 1918 – Kaiser Wilhelm II. ernennt Prinz Max von Baden zum Reichskanzler

Berlin * Kaiser Wilhelm II. ernennt Prinz Max von Baden, zum Reichskanzler des Deutschen Kaiserreichs. Dieser nimmt Staatssekretäre des Zentrums, der Liberalen und der Sozialdemokraten in seine Regierung auf.

4. Oktober 1918 – Die Deutsche Zeitung kämpft gegen den Reichskanzler

Berlin * Die Deutsche Zeitung beschreibt Prinz Max von Baden als sich doch „offen als Vertrauensmann des sozialistisch-freisinnig-zentrümlichen Volksteils“ zu bekennen. Und weiter: „Wir fragen die deutschen Bundesfürsten, mit deren Rechten eine wildgewordene Reichstagsmehrheit heute Fangball spielt, ob sie diese Entwürdigung ihres hohen Berufes ruhig hinnehmen können?“

4. Oktober 1918 – Reichskanzler Max von Baden bildet eine parlamentarische Regierung

Berlin * Reichskanzler Prinz Max von Baden bildet eine parlamentarische Regierung, die die revolutionäre Bewegung in Deutschland aufhalten soll. Die meisten Staatssekretäre aus der Regierung Hertling bleiben im Amt. Aus den Reihen der Reichstagsmehrheit übernimmt der Zentrums-Abgeordnete Karl Trimborn das Reichsamt des Inneren, der MSPD-Abgeordnete



Gustav Bauer übernimmt das Reichsarbeitsamt. Vier weitere Parteienvertreter (Philipp Scheidemann, MSPD; Matthias Erzberger, Zentrum; Adolf Gröber, Zentrum, und Conrad Haußmann von der Fortschrittlichen Volkspartei - FVP) werden zu Staatssekretären ohne Portefeuille. Dem 16-köpfigen Kabinett Baden gehören neun Parteilose, zwei Fortschrittliche Liberale, ein Nationalliberaler, drei Zentrums-Abgeordnete und zwei Vertreter der größten Reichstagsfraktion, den Sozialdemokraten, an. Die halbherzige Zusammenstellung der neuen Regierung unter Reichskanzler Max von Baden ist gewiss kein Systemwechsel und Neuanfang. Sie beteiligt halt zusätzlich ein paar Parteienvertreter, die das Image der Reichsregierung aufpolieren sollen.

5. Oktober 1918 – Der Krieg ist verloren - jedes weitere Opfer ist vergeblich

Deutsches Reich - Berlin * Durch Zeitungsartikel erfährt die deutsche Öffentlichkeit, dass es eine neue Regierung mit Beteiligung der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Fortschrittspartei gibt. Auch, dass diese Regierung als erste Amtshandlung ein Waffenstillstandsgesuch an den US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson geschickt hat. Damit herrscht im Volk Gewissheit, dass der Krieg verloren und jedes weitere Opfer vergeblich ist. Was verschleiert wird ist das Versagen der Obersten Heeresleitung - OHL, die das Deutsche Reich mit seiner Kriegspolitik ins Verderben geführt hat, jetzt aber nicht mehr als Verantwortlicher und Hauptakteur, sondern als Zuschauer erscheint.

5. Oktober 1918 – Bitte des Reichskanzlers an Wilson um Friedensvermittlung

Rosenheim * Der Rosenheimer Anzeiger bringt unter der Überschrift „Dem Frieden entgegen - Bitte des Reichskanzlers an Wilson um Friedensvermittlung“ ein Extra-Blatt zur Rede des Reichskanzlers Prinz Max von Baden im Reichstag heraus: „Im Verlauf seiner vielfach vom Beifall der Linken und des Zentrums unterbrochenen Reichstagsrede erstattete Reichskanzler Prinz Max von Baden unter lebhafter Spannung des Hauses folgende Mitteilung: „Dank des unvergleichlichen Heldentums unseres Heeres ist die Front im Westen ungebrochen. Dieses stolze Bewusstsein lässt uns mit Zuversicht in die Zukunft sehen. Gerade deshalb ist es aber auch unsere Pflicht, Gewissheit darüber herbeiführen, ob das opfervolle, blutige Ringen nicht einen einzigen Tag über den Zeitpunkt hinaus geführt wird, wo uns ein Abschluss des Krieges möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt. Gestützt auf das Einverständnis aller dazu berufenen Stellen im Reiche und auf die Zustimmung der gemeinsam mit uns handelnden Bundesgenossen habe ich in der Nacht zum 5. Oktober 1918 durch die Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika eine Note gerichtet, in der ich ihn bitte,



die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und hierzu mit allen kriegsführenden Staaten in Verbindung zu treten'. Die Note trifft schon heute oder morgen in Washington ein. Sie richtet sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, weil dieser in seiner Kongressbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, besonders auch noch in seiner New-Yorker Rede vom 27. September ein Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt hat, das wir als Grundlage für die Verhandlungen annehmen können. (Am Schluss der Rede des Reichskanzlers ertönte wiederholter Beifall).“

16. Oktober 1918 – Keine Hindernisse für eine fortschrittliche bayerische Verfassung

München-Kreuzviertel * Ministerpräsident Otto von Dandl legt in der Abgeordnetenversammlung in seiner Programmrede dar, dass die Regierung und der König einer fortschrittlichen Entwicklung der bayerischen Verfassung keine Hindernisse in den Weg legen wollen. Der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, Heinrich Held, unterstützt die Reformen, wenn sie die Monarchie erhalten und stärken. Auf die Anliegen der Beamtenschaft vom 5. Oktober geht der Ministerpräsident mit keinem Wort ein.

28. Oktober 1918 – Gesetzentwurf zur Änderung der Reichsverfassung unterzeichnet

Berlin - Deutsches Reich * Kaiser Wilhelm II. unterzeichnet den Gesetzentwurf zur Änderung der Reichsverfassung, der am 4. November veröffentlicht wird. Damit tritt die Änderung der Verfassung von 1871 in Kraft. Die wesentlichste Bestimmung lautet: „Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags“. Damit ist das Deutsche Reich eine Parlamentarische Monarchie. Außerdem sagt der Kaiser seine loyale Zusammenarbeit mit der Volksvertretung und der von dieser gestellten Regierung an. Auf Rücktrittsforderungen geht er mit keinem Wort ein.

6. November 1918 – Einen gefährlichen Brand in seinem Beginne löschen

München - Königreich Bayern * Der Bayerische Kurier, eine führende Zeitung des Zentrums, ruft nach der Kieler Matrosenrevolte unter der Überschrift „Bedenkliche Vorkommen in Kiel“ alle „staatstreuen Kräfte des Volkes“ auf, Hand anzulegen, „um einen gefährlichen Brand in seinem Beginne zu löschen“. Verwundert stellt die Zeitung fest, dass die Anhänger einer staatlichen Ordnung wie von Winde verweht scheinen und fragt, „ob denn die Männer, welche ihre Stimme zu erheben berufen sind, in die Ecken verkrochen sind“.



9. November 1918 – Schwieriger Machtwechsel in Würzburg

Würzburg * In Würzburg sind der Generalkommandeur Ludwig von Gebsattel und der Regierungspräsident von Unterfranken, Julius von Henle, zum Widerstand bereit. Sie schrecken auch nicht vor der Anwendung von Gewalt zurück. Der Intervention des Oberbürgermeisters Andreas Grieser, ein liberaler Zentrumsmann, verhindert Schlimmeres. Gebsattel gibt nach und lässt die zuvor in den Kasernen eingesperrten Soldaten frei.

10. November 1918 – Die Thule-Gesellschaft gründet einen Kampfbund

München-Graggenau * Mitglieder der Thule-Gesellschaft gründen einen Kampfbund, der die Zerschlagung der Räterepublik mit Waffengewalt zum Ziel hat. Die Leitung übernimmt Freiherr Rudolf von Sebottendorff selbst. Diese Nationalisten, Antisemiten und Deutschnationalen entwickeln eine Doppelstrategie, die maßgeblichen Anteil an der Zerschlagung der späteren Räteherrschaft hat. Die Thule-Gesellschaft wird zum Organisationszentrum der Münchner Gegenrevolution und Aktionsgemeinschaften organisieren den Aufbau eines umfangreichen Informations- und Spitzelsystems in allen revolutionären und kommunistischen Gruppierungen, die Kontaktaufnahme mit gesprächsbereiten Sozialdemokraten aus der Provisorischen Regierung und der Parteispitze sowie die Errichtung eines illegalen Werbebüros zur Unterstützung bereits existierender nationaler Militärverbände und zum Aufbau einer eigenen militärischen Organisation.

10. November 1918 – In Regensburg wird ein Bauernrat gebildet

Regensburg * In Regensburg wird neben dem bestehenden Arbeiter- und Soldatenrat auch ein Bauernrat gebildet. Den Vorsitz übernehmen Georg Heim und Sebastian Schlittenbauer vom Zentrum, die am 12. November die Bayerische Volkspartei - BVP gründen werden.

11. November 1918 – Matthias Erzberger unterzeichnet das Waffenstillstandsabkommen

Compiègne * Staatssekretär Matthias Erzberger, ein liberaler Politiker der katholischen Zentrumsparterie, unterzeichnet für das Deutsche Reich das Waffenstillstandsabkommen im französischen Compiègne. Einen großen Verhandlungsspielraum ließ die von Marschall Ferdinand Foch vorgelegte Liste mit den Waffenstillstands-Bedingungen, verbunden mit einem 72-stündigen Ultimatum zur Annahme oder Ablehnung, nicht zu. Da der deutschen Delegation



die Bedingungen als sehr hart erscheinen, sucht Erzberger Rücksprache mit dem neuen Reichskanzler Friedrich Ebert. Dieser weist den Leiter der Verhandlungskommission nach Rücksprache mit dem Chef der Obersten Heeresleitung - OHL, Paul von Hindenburg, an, den „Waffenstillstand zu jedweden Bedingungen“ anzunehmen. Der Vertrag wird am 11. November zwischen 5:12 Uhr und 5:20 Uhr französischer Zeit unterzeichnet. Um 11 Uhr enden damit die kriegerischen Auseinandersetzungen. 188.000 bayerische Soldaten sind im Ersten Weltkrieg gefallen, mehrere Hunderttausend wurden verwundet.

11. November 1918 – Das Zentrum fügt sich den gegebenen Verhältnissen

München * In den Zeitungen erscheint folgender Artikel: „Niemand wird von den Anhängern der Zentrumsparlei verlangen können, dass sie die Prinzipien ihrer Weltanschauung und die Grundsätze der Partei ändern. Wohl aber fügen wir uns den gegebenen Verhältnissen.“

12. November 1918 – Auflösung des Zentrums und Gründung der Bayerischen Volkspartei

Regensburg - Freistaat Bayern * Die Mitglieder des Zentrums lösen ihre Partei auf. Jetzt ist ein guter Zeitpunkt gekommen, in dem man guten Gewissens alte Positionen aufgeben kann. Georg Heim und Sebastian Schlittenbauer, Politiker des konservativen und katholischen Lagers, gründen in Regensburg die Bayerische Volkspartei - BVP und erklären: „Fürs erste weht über Deutschland und Bayern die rote Fahne, das musste wohl so kommen und so Gott will, wird es unserem engeren und weiteren Vaterlande am Ende doch zum Guten gereichen.“

25. November 1918 – Kurt Eisner wegen seiner Kriegsschuld-Veröffentlichungen angegriffen

Berlin * Auf der Ministerpräsidenten-Konferenz in Berlin wird der bayerische Ministerpräsident von nahezu allen Seiten wegen seiner Kriegsschuld-Veröffentlichungen und dem daraus resultierenden eigenmächtigen Handeln massiv angegriffen. Kurt Eisner verlangt daraufhin von Reichskanzler Friedrich Ebert die Entlassung des Leiters des Auswärtigen Amtes, Wilhelm Solf und den Vorsitzenden der Waffenstillstands-Kommission Matthias Erzberger. Die Genannten rechnet Eisner aufgrund ihres Verhaltens und ihrer Äußerungen dem alten kriegsverherrlichenden und militaristischen System zu. Sie sollen durch unbescholtene USPD- und SPD-Politiker ersetzt werden. Eisners konstruktive Begründung lautet: „Deutschland braucht ein provisorisches Präsidium, das an die Stelle des halb aufgelösten Bundesrats zu treten hat und aus neuen, unbelasteten Männern bestehen muss. Dieses Präsidium muss die Aufgabe haben, alle



Verhandlungen mit der Entente zu führen.“ Der bayerische Ministerpräsident möchte, dass die neue deutsche internationale Politik von Personen präsentiert wird, die auch das neue deutsche politische System verkörpern und dass die Friedensgespräche nicht alleine von der Reichsregierung, sondern unter maßgeblicher Beteiligung der Länder geführt werden.

26. November 1918 – Notunterkünfte und Zwangseinquartierungen

München * Die bis Ende Januar andauernde Rückkehr der Truppen von der Front machen München zu einem großen Entlassungszentrum. Gleichzeitig wird es Anziehungspunkt für jene Ausgemusterten, die ohne Arbeit oder ohne Ziele sind. Die städtischen Behörden beginnen - davon ausgehend, dass es sich um eine vorübergehende Erscheinung handle, - in Schulgebäuden, Hotels und Bräus Notunterkünfte einzurichten. Auch in großen Privatwohnungen werden Zwangseinquartierungen vorgenommen.

5. Dezember 1918 – Termin für die Landtagswahl auf 12. Januar 1919 festgelegt

München-Kreuzviertel * Im Ministerrat kommt es zu heftigen Diskussionen über die Terminfestsetzung zur Nationalratswahl. Kurt Eisner sieht in einem frühen Termin keinen Vorteil. „Die Massen scheuen sich davor und fürchten die Preisgabe der Errungenschaften.“ Dagegen fordern die MSPD-Minister einen möglichst frühen Wahltermin. Jeder Tag früher stellt für sie einen „Gewinn gegenüber dem Zentrum“ dar. Erhard Auer dringt deshalb auf den 12. Januar 1919. Innenminister Erhard Auer und Justizminister Johannes Timm geben unumwunden ihre Abneigung gegen die Räte zu und treten für die Umwandlung der Arbeiter- und Bauernräte in Arbeiter- und Landwirtschaftskammern ein und sprechen den Räten jede politische Funktion ab. Verkehrsminister Heinrich Ritter von Frauendorfer sieht in den Räten eine „nur notwendige Begleiterscheinung der Revolution“. Den Soldatenräten gibt man keine Zukunft.

5. Januar 1919 – Erstmals dürfen Frauen bei der Landtagswahl in Baden wählen

Baden * Bei den Landtagswahlen in Baden sind erstmals auf deutschem Staatsgebiet Frauen wahlberechtigt. Die Frauen dürfen wählen und gewählt werden. Stärkste Partei wird das katholische Zentrum mit 36,6 Prozent, zweitstärkste Kraft wird die SPD mit 32,1 Prozent, die Deutsche Demokratische Partei - DDP erhält 22,8 Prozent der Stimmen. Kein einziger Kandidat der USPD wird gewählt.



12. Januar 1919 – Landtagswahl in Württemberg

Württemberg * Auch bei den Landtagswahlen in Württemberg können Frauen erstmals ihr demokratisches Wahlrecht ausüben. Die Sitzverteilung für den württembergischen Landtag setzt sich wie folgt zusammen: die Sozialdemokratische Partei - SPD erhält 52 Sitze, die Deutsche Demokratische Partei - DDP bekommt 38 Abgeordnete, das katholische Zentrum kommt auf 31 Mandate, andere bürgerliche Parteien erringen insgesamt 25 Abgeordnetenplätze. Die USPD kann lediglich 4 Plätze für sich verzeichnen.

19. Januar 1919 – Wahl zum neuen gesamtdeutschen Reichstag

Deutsches Reich * Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung [= Reichstag] finden statt. Das deutschlandweite Ergebnis lautet: Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD: 37,9 Prozent = 163 Abgeordnete Christliche Volkspartei - Zentrum: 18,8 Prozent = 91 Abgeordnete Deutsche Demokratische Partei - DDP: 18,1 Prozent = 75 Abgeordnete Deutschnationale Volkspartei - DNVP: 8,6 Prozent = 44 Abgeordnete Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands - USPD: 7,6 Prozent = 22 Abgeordnete Deutsche Volkspartei - DVP: 4,4 Prozent = 19 Abgeordnete Übrige Parteien: 1,6 Prozent = 7 Abgeordnete Der Wahlkreis Oberbayern und Schwaben erhält 15 Abgeordnetensitze. Davon fallen 6 Sitze auf die BVP, 6 Sitze auf die SPD, 2 Sitze auf den BBB und ein Sitz auf die Deutsche Volkspartei in Bayern - DVP. Von den 15 Abgeordneten gehört keiner der USPD an.

12. Februar 1919 – Reichspräsident Ebert ernennt die neue Reichsregierung

Weimar * Reichspräsident Friedrich Ebert setzt das neue Reichsministerium ein. Die Reichsregierung wird auch als Weimarer Koalition bezeichnet. Sie besteht aus SPD, Zentrum und Deutsche Demokratische Partei - DDP. Das Kabinett Scheidemann setzt sich zusammen aus: Philipp Scheidemann, Reichsministerpräsident, SPD; Otto Landsberg, Justizminister, SPD; Gustav Noske, Reichswehrminister, SPD; Rudolf Wissell, Wirtschaftsminister, SPD; Robert Schmidt, Reichsernährungsminister, SPD; Gustav Bauer, Reichsarbeitsminister, SPD; Eduard David, Minister ohne Geschäftsbereich, SPD; Eugen Schiffer, stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister, DDP; Hugo Preuß, Innenminister, DDP; Georg Gothein, Reichsschatzminister und Minister ohne Geschäftsbereich, DDP; Johannes Bell, Verkehrsminister und Reichsminister für Kolonien, Zentrum; Johannes Giesberts, Reichspostminister, Zentrum; Matthias Erzberger, Minister ohne Geschäftsbereich, Zentrum; Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau, Auswärtiges Amt, Parteilos. Die



Aufgabe des Rates der Volksbeauftragten ist damit erfüllt. nbsp;nbsp;

21. Februar 1919 – Ein Stimmungsumschwung gegenüber der Person Kurt Eisners

München * In der Bevölkerung tritt ein jäher Stimmungsumschwung gegenüber der Person Kurt Eisners ein. Eisner, der noch wenige Tage vor seiner Ermordung bespöttelt und als politisch gescheitert betrachtet wurde, ist nun auf einmal der „Märtyrer der Revolution“. Die erstaunliche Sympathie und Popularität, die der tote Ministerpräsident trotz aller vorausgegangenen Auseinandersetzungen um seine Person und seine Politik genießt, gründet vor allem darauf, dass man seine Ermordung als reaktionäres Komplott aufgefasst. Dem Toten wird in diesen Tagen als „Integrationsfigur des Proletariats“ eine fast kultische Verehrung entgegengebracht. Tausende von Münchnern besuchen den Schauplatz des Mordes. Noch an seinem Todestag wird an der Stelle, an der Kurt Eisner tödlich zusammengebrochen ist, ein Totenmal errichtet, in dessen Zentrum ein überlebensgroßes, von einem Trauerkranz gerahmtes und auf einer Gewehrpyramide befestigtes Fotoporträt Kurt Eisners imaginäre Gegenwart symbolisiert. Dieser provisorische Epitaph entwickelt sich zu einem von Soldaten bewachten sakralen Bezirk. Die darin niedergelegten Blumengebinde und Kränze verstärken den Eindruck eines grabähnlichen Erinnerungsmales. Es besteht in dieser Form bis zum April. In seinem Roman „Wir sind Gefangene“ beschreibt Oskar Maria Graf auch die Ereignisse in der Nähe des Attentatortes: „Alle Menschen liefen mit verstörten Gesichtern stadteinwärts. Je weiter ich kam, desto aufgeregter wurde die dumpfe Hast. Vor dem Landtag ballte sich ein schwarzer Menschenknäuel, Soldaten und bewaffnete Zivilisten waren darunter. Ich stürmte weiter [...] an den Mordplatz. Da hatten sich Hunderte schweigend um die mit Sägspänen bedeckten Blutspuren Eisners zu einem Kreis gestaut. Fast niemand sagte ein lautes Wort, Frauen weinten leise und auch Männer. Etliche Soldaten traten in die Mitte und errichteten eine Gewehrpyramide. Viele legten Blumen auf den Platz, immer mehr und mehr.“

3. März 1919 – Den Generalstreik zum bewaffneten Aufstand ausgeweitet

Berlin * Enttäuscht über die politische Entwicklung der Revolution von 1918/19, weiten Anhänger der Kommunistischen Partei Deutschlands - KPD einen Generalstreik zu einem bewaffneten Aufstand aus. Ihre Ziele sind dieselben wie beim Spartakusaufstand im Januar 1919: Sturz der Reichsregierung, Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte und Errichtung einer Räterepublik nach sowjetrussischem Vorbild. Zentrum der bürgerkriegsartigen Kämpfe ist die Innenstadt mit dem Berliner Polizeipräsidium am Alexanderplatz sowie Lichtenberg.



8. März 1919 – Ein regelrechter Kleinkrieg beginnt

Berlin * Das Zentrum der Gewalt verlagert sich in den Osten von Berlin. Ein regelrechter Kleinkrieg, mit „kleinen Putschen [...], Barrikadenkämpfen und Überfällen“ beginnt. Die Kampfhandlungen dauern bis zum 12. März an.

Oktober 1921 – Die Volkshochschule München will ins Isartor

München-Graggenau * Die Volkshochschule München Akademische Arbeiterkurse e.V. nimmt Verhandlungen mit dem Münchner Stadtrat auf, um im Isartor ein festes Zentrum einrichten zu können.

19. September 1922 – Faulhaber verhindert Ordensverleihung an Adenauer

München-Kreuzviertel - Rom-Vatikan * Kardinal Michael von Faulhaber schreibt an den Unterstaatssekretär im Vatikan, Giuseppe Pizzardo, über die öffentliche Auseinandersetzung mit Konrad Adenauer: „Er behauptete, die Revolution sei organisch geworden, die gestürzten Herrscherhäuser seien morsche Bäume gewesen, der deutsche Katholizismus sei auf das deutsche Vaterland angewiesen. [...] Ich bitte darum Eure Exzellenz, es möge keine päpstliche Kundgebung erfolgen, die von den Katholiken als Zustimmung zur Politik des Zentrums und zu einer Koalition mit der Sozialdemokratie ausgelegt werden könnte. Präsident Adenauer wird die päpstliche Auszeichnung, die früher für den Präsidenten üblich war, nicht erhalten können“.

Damit verhindert Kardinal Faulhaber, dass Konrad Adenauer den sonst üblichen päpstlichen Orden bekommt. In einer eigenwilligen Rechtfertigung gegenüber dem bayerischen Gesandten beim Vatikan schreibt Faulhaber am selben Tag: „[...] Damit habe ich nicht die Verfassung von Weimar und die republikanische Staatsform an sich verurteilt; denn eine Verfassung kann rechtmäßig zustandegekommen sein, ohne daß dadurch die vorausgehende Revolution legitimiert wird. Ein unehelich Geborener kann ein ordentlicher Mensch werden, ohne daß damit die uneheliche Mutterschaft als solche Rechtsdasein erhält.“

1. Januar 1927 – Die evangelische Martin-Luther-Kirche wird eingeweiht

München-Obergiesing * Die Martin-Luther-Kirche ist fertig zur Einweihung. Natürlich erreichte diese Kirche nicht die Dimensionen der katholischen Heilig-Kreuz-Kirche, ist aber mit elf Metern Breite und 19 Metern Länge durchaus eine der größeren evangelischen Kirchen Münchens. Auf



jeden Fall ist sie die höchstgelegene. Bereits am Tag der Einweihung reichen ihre 800 Plätze nicht mehr aus für die hereindrängenden Giesinger Protestanten. Anders als bei früheren Kirchenbauten ist hier ein Zentrum mit Kirche und großem Pfarrhaus entstanden. Trotz der hohen Kosten von 971.225 Mark kann man die Kirche noch mit reichem Bauschmuck und einer Orgel ausstatten. Außen, auf der Bronzetür des Hauptportals, sind die wichtigsten der 95 Thesen Luthers zu lesen; rechts und links davon stehen die Figuren der vier Evangelisten und der vier großen Propheten. Das Innere der Kirche ist mit Gemälden ausgestattet, die alle einem theologischen oder geschichtlichen Programm folgen.

5. September 1931 – Letzte Synagogeneinweihung vor der NS-Zeit

München-Isarvorstadt * Mit der feierlichen Einweihung der Synagoge an der Reichenbachstraße am 5. September 1931 erhält die orthodoxe jüdische Gemeinde Münchens ein neues religiöses Zentrum. Das Gotteshaus ist die letzte Synagoge, die in Deutschland vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten neu eingeweiht wird. Nur wenige Jahre später setzt das NS-Regime der Entfaltung jüdischen Gemeindelebens ein gewaltsames Ende.

Februar 1933 – Im Kriegerheim ist die Ortsgruppe Giesing der NSDAP untergebracht

München-Obergiesing * An der Ecke Gietl- und Untere Grasstraße, wo heute das Pfarrzentrum steht, befand sich früher die Wirtschaft Kriegerheim, in der während der NS-Zeit die Ortsgruppe Giesing der NSDAP untergebracht ist. Hier finden an den Wochenenden zahlreiche Appelle und Kundgebungen von NS-Partei-Organisationen statt. Zuvor dient die Wirtschaft den Unabhängigen Sozialisten - USPD Giesings als Versammlungs- und Vereinslokal.

5. März 1933 – NSDAP erreicht bei der Reichstagswahl nur 43,9 Prozent

Deutsches Reich - Berlin * Trotz NS-Terror und verfassungswidriger Behinderung von KPD, SPD und Zentrum erreicht die NSDAP nur 43,9 Prozent. Es reicht aber für eine knappe absolute Mehrheit für die Regierungskoalition aus NSDAP, DNVP und „Stahlhelm“.

24. März 1933 – Der Reichstag beschließt das sogenannte Ermächtigungsgesetz

Berlin * Der Reichstag beschließt - nach der Aberkennung der Reichstagsmandate der KPD und



mit den Gegenstimmen der SPD das Gesetz zur Behebung der Not im Volk und Staat, das sogenannte Ermächtigungsgesetz. Für das Gesetz stimmen die Reichstagsfraktionen der NSDAP, DNVP, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei - BVP, DVP und DStP. Nach Inkrafttreten des Gesetzes wird kein Steuergesetz mehr parlamentarisch beraten und beschlossen.

24. März 1933 – Faulhaber: Mehr Toleranz gegenüber der neuen Regierung

München * Kardinal Michael von Faulhaber fordert seine bayerischen Amtsbrüder auf, „trotz allem mehr Toleranz gegen die neue Regierung zu üben, die heute nicht bloß im Besitz der Macht ist, was unsere Grundsätze nicht umstoßen könnte, sondern rechtmäßig wie noch keine Revolutionspartei in den Besitz der Macht gelangte.“

20. Juli 1933 – Das Konkordat wird ratifiziert

Rom-Vatikan - Berlin * Das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich wird vom katholischen Vizekanzler Franz von Papen und vom Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli im Vatikan unterzeichnet. Das Vertragswerk bestätigt die bestehenden Länderkonkordate mit Bayern, Preußen und Baden und den Fortbestand der katholischen theologischen Fakultäten an den Universitäten, sichert den katholischen Religionsunterricht an allen Schularten und die Beibehaltung und Neueinrichtung von Bekenntnisschulen, die Freiheit des Bekenntnisses und der öffentlichen Ausübung der Religion, den staatlichen Schutz für Geistliche, den Schutz des Beichtgeheimnisses und den Schutz der katholischen Organisationen. Außerdem wird die Militärseelsorge und das eigene kirchliche Steuerrecht garantiert. Die Kirche gesteht hingegen den neuen Machthabern nur wenig zu: Entpolitisierung des Klerus, Treueeid der Bischöfe gegenüber dem Deutschen Reich und seinen verfassungsmäßig gebildeten Regierungen. Die Reichsregierung macht der Kirche sehr große Zugeständnisse mit dem Ziel, internationale Anerkennung zu erhalten und die deutschen Katholiken für die Bewegung zu gewinnen, solange deren Macht noch nicht gefestigt ist. Keine der anderen neunzehn Weimarer Regierungen, auch nicht die Koalitionen mit Zentrumsbeteiligung, war der katholischen Kirche so weit entgegengekommen.

20. Oktober 1934 – Die erste deutschlandweite Razzia der Nazis gegen Homosexuelle

München-Angerviertel * Die deutschlandweit erste, groß angelegte Razzia der Nazis gegen



Homosexuelle. Im Zentrum dieser Maßnahme steht der Gasthof Schwarzfischer in der Dultstraße, zusammen mit dem Arndthof am Glockenbach und diversen einschlägig bekannten Parks, Bedürfnisanstalten und Privatwohnungen. Insgesamt werden bei dieser Aktion 145 Männer festgenommen und in die Ettstraße gebracht. Dort wird abgeglichen, ob es sich um Wiederholungstäter handelt, die sich anschließend Umerziehungsmaßnahmen unterziehen müssen. 39 Festgenommene kommen ins KZ Dachau, viele werden auch nach ihrer Freilassung noch jahrelang schikaniert. Wiederholungstäter ist, wer in der berüchtigten Rosa Liste verzeichnet ist. Dieses Verzeichnis der Homosexuellen besteht bereits seit der Kaiserzeit.

7. Juni 1938 – Hitler ordnet den Abriss der Hauptsynagoge an

München-Kreuzviertel * Nach dem Besuch einer Veranstaltung im benachbarten Künstlerhaus ordnet Reichskanzler und NSDAP-Führer Adolf Hitler persönlich den Abriss der Münchner Hauptsynagoge an der Herzog-Max-Straße an. Die Nationalsozialisten begründen die Maßnahme offiziell mit „städtebaulichen und verkehrstechnischen Gründen“. Tatsächlich handelt es sich um einen ideologisch motivierten Akt gegen die jüdische Gemeinde und eines der frühesten sichtbaren Zeichen der verschärften Verfolgungspolitik des NS-Regimes. Mit der Zerstörung der Hauptsynagoge verliert die Israelitische Kultusgemeinde ihr bedeutendstes religiöses und repräsentatives Zentrum. Der Abriss markiert einen weiteren Schritt auf dem Weg zur vollständigen Entrechtung und Verdrängung der jüdischen Bevölkerung aus dem öffentlichen Leben.

8. Juni 1938 – Die jüdische Gemeinde wird vor vollendete Tatsachen gestellt

München-Kreuzviertel * Am Tag nach Hitlers Befehl setzt die Stadt die Repräsentanten der Israelitischen Kultusgemeinde von der Entscheidung zum Abriss der Hauptsynagoge in Kenntnis. Zugleich erfahren sie, dass das Grundstück an der Herzog-Max-Straße 3–7 für 185.000 Reichsmark an die Stadt zu veräußern ist. Ein Einspruch gegen die Maßnahme oder gar Widerstand kommen unter den politischen Bedingungen des NS-Regimes nicht in Betracht. Noch am selben Abend organisiert die Gemeinde einen letzten Gottesdienst in der Synagoge. Zahlreiche Gemeindemitglieder nehmen Abschied von ihrem religiösen und kulturellen Zentrum, dessen bevorstehende Zerstörung das Ende einer Epoche jüdischen Lebens in München symbolisiert.

8. Juli 1938 – Abriss der Hauptsynagoge unter Zeitdruck



München-Kreuzviertel * Die Abbrucharbeiten an der Hauptsynagoge erfolgen unter erheblichem Zeitdruck. Adolf Hitler verlangt, dass sie spätestens bis zum „Tag der Deutschen Kunst“ am 8. Juli 1938 vollständig beseitigt ist. Die Zerstörung des Gotteshauses soll rechtzeitig vor den repräsentativen Feierlichkeiten des NS-Regimes abgeschlossen sein und aus dem Stadtbild verschwinden. Der beschleunigte Abriss unterstreicht den symbolischen Charakter der Maßnahme, mit der die Nationalsozialisten die jüdische Präsenz im Zentrum Münchens demonstrativ tilgen wollen.

9. November 1938 – Zerstörung der Ohel-Jakob-Synagoge in der Reichspogromnacht

München-Graggenau * In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wird die Ohel-Jakob-Synagoge in der Herzog-Rudolf-Straße während der reichsweiten Novemberpogrome von Angehörigen der SA in Brand gesetzt. Das Gotteshaus brennt vollständig aus, die gesamte Inneneinrichtung wird zerstört. Als Rabbiner Ernst Ehrentreu versucht, die wertvollen Thorarollen zu retten, wird er von den Tätern bedroht und gezwungen, das Gebäude zu verlassen. Die Synagoge, die seit ihrer Einweihung 1892 das religiöse Zentrum der orthodoxen Juden Münchens bildet, wird damit vernichtet. Nach dem Brand muss die Israelitische Kultusgemeinde sogar die Kosten für den Abriss der Ruine tragen. Die zur Synagoge gehörende Schule wird geschlossen. Heute erinnert eine Gedenktafel an der Herzog-Rudolf-Straße an die Zerstörung des Gotteshauses und an die Auslöschung eines bedeutenden Zentrums jüdischen Lebens in München.

26. März 1946 – Der Platz der Opfer des Nationalsozialismus erhält seinen Namen

München-Kreuzviertel * Auf der 6. Sitzung des Münchner Stadtrats wird - knapp zehn Monate nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und des Zusammenbruchs des Dritten Reichs - für das Rondell zwischen Briener Straße und Maximiliansplatz der Name „Platz der Opfer des Nationalsozialismus“ beschlossen. Seine Lage inmitten der Stadt und „vor allem die Tatsache, dass das Denkmal des großen deutschen Dichters Friedrich von Schiller trägt, der Freiheit und Menschenwürde in seinen Werken feierte“, lassen diesen Ort „als Erinnerungsstätte besonders geeignet erscheinen“. Der Standort wird bewusst gewählt, denn schräg gegenüber - im 1944 zerstörten ehemaligen Wittelsbacher Palais an der Briener Straße 50 - befand sich das gefürchtete Hauptquartier der Geheimen Staatspolizei - das Zentrum der politischen Verfolgung. Die Länge des Platznamens macht sein Aussprechen zwar praktisch unmöglich. Doch das macht nichts, denn der Platz dient nicht als Adresse. Er ist einfach ein Verkehrsknoten mit Grünfläche. Der Form halber hat er aber trotzdem eine Postleitzahl erhalten: 80333.



26. März 1946 – Der Platz der Opfer des Nationalsozialismus entsteht

München-Maxvorstadt * Knapp zehn Monate nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und des Zusammenbruchs des Dritten Reichs. - gibt Oberbürgermeister Karl Scharnagel - anlässlich des „Tages der Opfer des Faschismus“ - bekannt, dass das Rondell zwischen Briener Straße und Maximiliansplatz künftig den Namen „Platz der Opfer des Nationalsozialismus“ tragen wird. Seine Lage inmitten der Stadt und „vor allem die Tatsache, dass das Denkmal des großen deutschen Dichters Friedrich von Schiller trägt, der Freiheit und Menschenwürde in seinen Werken feierte“, lassen diesen Ort „als Erinnerungsstätte besonders geeignet erscheinen“. Der Standort wird allerdings bewusst gewählt, denn schräg gegenüber - im 1944 zerstörten ehemaligen Wittelsbacher Palais an der Briener Straße 50 - befand sich das gefürchtete Hauptquartier der Geheimen Staatspolizei. Das war das Zentrum der politischen Verfolgung. Die Länge des Platznamens macht sein Aussprechen zwar praktisch unmöglich. Doch das macht nichts, denn der Platz dient nicht als Adresse. Er ist einfach ein Verkehrsknoten mit Grünfläche. Der Form halber hat er aber trotzdem eine Postleitzahl erhalten: 80333.

10. Juni 1959 – Die Kreuzigungsgruppe vor dem Leprosenhaus wird aufgestellt

München-Haidhausen * Die aus zwei Marmorfiguren und einem Bronze-Kruzifix bestehende Kreuzigungsgruppe wird in der Grünanlage nahe dem ehemaligen Leprosenhaus aufgestellt. Sein ursprünglicher Standort befand sich zuvor auf der gegenüberliegenden Straßenseite, beim heutigen Kulturzentrum.

September 1967 – Das Edith-Stein-Gymnasium startet mit 80 Schülerinnen

München-Haidhausen * Die Dominikanerinnen aus Niederviehbach starten mit achtzig Schülerinnen auf dem ehemaligen Areal der Frauen vom guten Hirten ins erste Schuljahr des Edith-Stein-Gymnasium. In dem Katholischen Zentrum befinden sich neben dem Mädchengymnasium ein Internat, eine Fachoberschule für Sozialberufe, die Fachhochschule für Sozialpädagogik, ein Schwesternhaus und eine Mensa.

November 1968 – Das Motorama entsteht auf einem Ruinengrundstück

München-Au * Die Auto-Zentrum GmbH & Co tritt mit einem 50 Millionen DMark umfassenden Riesenprojekt an die Öffentlichkeit. Sie will auf dem Ruinengrundstück des ehemaligen



Münchner-Kindl-Kellers an der Ecke Rosenheimer- und Hochstraße ein Großhotel und eine Ladenstraße anlegen.

20. Juli 1971 – Grundsteinlegung fürs Motorama

München-Au * Der Grundstein für das neue Auto- und Einkaufszentrum an der Rosenheimer Straße wird gelegt. Bauherrn des inzwischen auf 100 Millionen DMark bezifferten Projekts sind die Treuhandgesellschaft mbH & Co KG Berlin-München und die Europaen Hotel Company.

8. Mai 1972 – Die U-Bahn-Strecke [U 3] zum Olympiazentrum wird eröffnet

München-Schwabing * Die U-Bahn-Strecke [U 3] zwischen Münchner Freiheit und Olympiazentrum wird eröffnet.

1976 – Die Ukrainisch-katholische Bischofskirche wird eingeweiht

München-Untergiesing * Die „Ukrainisch-katholische Bischofskirche Sankt Andreas - Maria Schutz“ an der Schönstraße wird eingeweiht. Die Kirche wurde in einem architektonisch modernen Stil als Seelsorge- und Bildungszentrum für die mit Rom unierten katholischen Ukrainer in Deutschland erbaut.

1977 – Die Volkshochschule in vier verschiedenen Stadtteilzentren

München * Die Volkshochschule zeigt erneut Bürgernähe, indem sie ihre Veranstaltungen nunmehr in vier verschiedenen Stadtteilzentren im Münchner Norden, Osten, Süden und Westen in über 17 Außenstellen anbietet.

1984 – Die Fachakademie für Sozialpädagogik zieht nach Obergiesing um

München-Obergiesing - München-Bogenhausen * Die Fachakademie für Sozialpädagogik zieht in das Anton-Fingerle-Zentrum in Giesing um. In den aufgelassenen Räumen in Bogenhausen findet die Berufsschule für Jungarbeiterinnen und Jungarbeiter Unterkunft.



Juni 1984 – Die Volkshochschule im Gasteig-Kulturzentrum

München-Haidhausen * Im Gasteig-Kulturzentrums bezieht die Münchner Volkshochschule Räume und kann sich dadurch zur größten städtischen Erwachsenen-Bildungseinrichtung Deutschlands und Europas entwickeln. Sie hat einen Vortragssaal für neunzig Personen, weiter gibt es für die Erwachsenen-Bildungseinrichtung über fünfzig Übungs-, Lehr-, Unterrichts-, Arbeits- und Gymnastikräume sowie Werkstätten für kunsthandwerkliche Fortbildungslehrgänge. Zum Bereich der Volkshochschule gehört auch die 120 bis 140 Personen aufnehmende Blackbox.

September 1984 – Das Franziskus-Marterl wird zum Ort des Widerstands

Wackersdorf * In der Nähe des späteren WAA-Baugeländes entsteht das Franziskus-Marterl. Der Bildstock entwickelt sich zu einem religiösen und gesellschaftlichen Zentrum des Widerstands gegen die Wiederaufarbeitungsanlage.

10. November 1985 – Die Gasteig-Philharmonie wird feierlich eröffnet

München-Haidhausen * Die Philharmonie im Gasteig-Kulturzentrum wird feierlich eröffnet.

Juli 2001 – Das Ökologische Bildungszentrum wird eröffnet

München-Bogenhausen * Das Ökologische Bildungszentrum - ÖBZ in der Engelschalkinger Straße 166 wird eröffnet.

14. Oktober 2006 – Verlängerung der U-Bahn zum Garching Forschungszentrum

Garching * Die Untertunnelung Garchings zur Verlängerung des Streckenabschnitts der U 6 bis zum Forschungszentrum ist abgeschlossen.

9. November 2006 – Einweihung der neuen Hauptsynagoge Ohel Jakob

München-Angerviertel * Am 9. November 2006 wird die neue Hauptsynagoge Ohel Jakob im



Jüdischen Zentrum am St.-Jakobs-Platz feierlich eingeweiht. Mit ihr kehrt der Name „Ohel Jakob“ nach München zurück, den bereits die 1938 zerstörte orthodoxe Synagoge in der Herzog-Rudolf-Straße getragen hatte. Wenig später wird auch das unmittelbar angrenzende Gemeindehaus eröffnet, das heute Sitz der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern ist. Das neue Jüdische Zentrum mit Hauptsynagoge, Gemeindehaus, Jüdischem Museum und Kulturzentrum markiert einen Wendepunkt in der Geschichte des jüdischen Lebens in München. Erstmals seit der nationalsozialistischen Verfolgung erhält die jüdische Gemeinde wieder ein sichtbares und repräsentatives Zentrum im Herzen der Stadt. Ein unterirdischer „Gang der Erinnerung“ verbindet Synagoge und Gemeindehaus und erinnert an die rund 4.500 Münchner Jüdinnen und Juden, die zwischen 1933 und 1945 Opfer des Nationalsozialismus wurden. Mit dem Jüdischen Zentrum entsteht zugleich ein Ort religiösen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens. Die Israelitische Kultusgemeinde verfügt heute über zahlreiche Einrichtungen, darunter Synagogen, rituelle Tauchbäder, Bildungs- und Kultureinrichtungen, soziale Dienste sowie jüdische Friedhöfe. Als Einheitsgemeinde vereint sie Mitglieder unterschiedlicher religiöser Prägungen und bildet das Zentrum des jüdischen Lebens in München und Oberbayern.

2007 – Das Natur- und Artenschutzzentrum im Tierpark

München-Giesing * Im Tierpark Hellabrunn wird das Natur- und Artenschutzzentrum eröffnet.

März 2010 – Das Konzept für die Neugestaltung des Platzes der Opfer wird vorgestellt

München-Maxvorstadt * Dem Stadtrat wird ein Konzept über die Neugestaltung des Platzes der Opfer des Nationalsozialismus vorgestellt. Eine zusammenhängende Platzfläche soll ein ungestörtes, zur Besinnung anregendes Verweilen ermöglichen. Den Schwerpunkt des Platzes bildet eine nahezu quadratische Fläche, in deren Zentrum das bestehende Denkmal neu platziert wird. Durch zusätzliche Inschriften werden das Gedenken an alle Opfergruppen sowie der Hinweis auf den örtlichen Bezug zur Gestapo-Zentrale und dem künftigen NS-Dokumentationszentrum stärker hervorgehoben.

8. Oktober 2012 – Das Fazit der Wiesen 2012

München-Theresienwiese * Das Fazit der Wiesen 2012: 6,4 Millionen Wiesen-Besucher trinken 6,9 Millionen Mass Bier. Hinter 439 angezeigten Raufereien verbergen sich auch 66



Masskrugschlägereien. Das Rote Kreuz versorgt insgesamt 8.159 Patienten im Servicezentrum direkt auf der Wiese. Hauptsächlich sind dies Kreislauf- und Herzbeschwerden, verstauchte Füße, Schnittwunden und unzählige Filmrisse. Bei 739 Patienten müssen die Ärzte eine Alkoholvergiftung diagnostizieren, die dann in umliegenden Krankenhäusern behandelt werden. Dazu sind 1.318 Transporte notwendig. Ein Drittel der ausländischen Patienten zahlt seine Rechnung nicht.

27. Januar 2014 – Neu gestaltet: Der Platz der Opfer des Nationalsozialismus

München-Maxvorstadt * Der neu gestaltete Platz der Opfer des Nationalsozialismus wird der Öffentlichkeit übergeben. Der Platz wurde seit 2012 für 3,9 Millionen Euro umgestaltet und ergänzt. Bäume schirmen den Platz jetzt besser vom Verkehr ab, der Parkplatz wurde verkleinert und die Säule mit der Ewigen Flamme ist in den Mittelpunkt gerückt worden. Eine 18,5 Meter lange und 1,3 Meter hohe Bronzetafel erinnert nun an die verschiedenen Opfergruppen. Ein Bronzeband im Boden weist auf den Standort der früheren Gestapo-Zentrale und zum NS-Dokumentationszentrum hin.

9. April 2014 – Die Eröffnung des NS-Dokumentationszentrums muss verschoben werden

München-Maxvorstadt * Die bisher für den 9. November 2014 vorgesehene Eröffnung des NS-Dokumentationszentrums als Lern- und Erinnerungsort muss auf den 30. April 2015 verschoben werden.

30. April 2015 – Das NS-Dokumentationszentrum wird eröffnet

München-Maxvorstadt * Das NS-Dokumentationszentrum an der Brienner Straße wird als Lern- und Erinnerungsort eröffnet. An diesem Tag jährt sich die „Befreiung Münchens“ vom NS-Terror durch die US-Streitkräfte zum 70. Mal.

2016 – Die Einsteinstraße 28 geht an die Landeshauptstadt

München-Haidhausen * Das Areal in der Einsteinstraße 28 geht aus dem Besitz der Stadtwerke München an die Landeshauptstadt über. Mehr als 20 Millionen Euro kostete das erste eigene große Bildungszentrum.



28. Januar 2016 – Richtfest für das Technologiezentrum II der Firma Rohde & Schwarz

München-Berg am Laim * Für das Technologiezentrum II der Firma Rohde & Schwarz an der Ampfingstraße kann das Richtfest gefeiert werden. Der Neubau, der Platz für 600 Beschäftigte bietet, soll 2017 bezogen werden.

4. März 2017 – Das Bildungszentrum „Einstein 28“ wird eröffnet

München-Haidhausen * Das Bildungszentrum „Einstein 28“ in Haidhausen kann eröffnet werden. In den vier Gebäuden mit ihren 70 multifunktionalen Räumen findet seither der Unterricht statt. Da bei der Sanierung eines denkmalgeschützten Bestandes immer wieder mit Überraschungen gerechnet werden muss, verzögert sich die ursprünglich geplante Fertigstellung des Gebäudekomplexes der Münchner Volkshochschule von Juli 2016 nach März 2017.

23. November 2017 – Bundesstaatsanwaltschaft stellt Brandanschlag-Ermittlungen ein

Karlsruhe - München-Isarvorstadt * Die Bundesstaatsanwaltschaft in Karlsruhe stellt die Ermittlungen zum Brandanschlag auf das damalige Zentrum der Israelitischen Kultusgemeinde Münchens an der Reichenbachstraße 27 ein. Dort waren bei einem Brandanschlag auf das jüdische Altersheim am 13. Februar 1970 zwei Frauen und fünf Männer, darunter zwei Holocaust-Überlebende zu Tode gekommen.

9. November 2018 – Gedenktafeln erinnern an die Familie Schüle

München-Haidhausen * An der Fassade des Unionsbräu in der Einsteinstraße 42 sowie im Innenhof werden zwei Gedenktafeln zur Erinnerung an die jüdische Brauerfamilie Schüle enthüllt. Die vom Münchner Bildhauer Toni Preis gestalteten Tafeln würdigen die Bedeutung der Familie für die Geschichte der Unionsbrauerei, die Entwicklung Haidhausens und die Münchner Brauwirtschaft. An der Feierstunde nehmen unter anderem Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers und die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Dr. Charlotte Knobloch, teil. Die Tafeln erinnern zugleich an die Verfolgung der Familie während der NS-Zeit, ihre Emigration sowie an ihren Beitrag zum Wiederaufbau Münchens nach dem Zweiten Weltkrieg.